

Arbeiter-Zeitung

Preis: 10 Pf. wöchentlich, 30 Pf. monatlich, 3.00 Pf. vierteljährlich, 10.00 Pf. jährlich. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1.60 Pf., unter Briefband 3 Pf. Auslandsendung: Die bezugnehmende Wochensumme oder deren doppelte, die bezugnehmende Viertelsumme oder deren dreifache, die bezugnehmende Jahressumme oder deren vierfache. Die Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich.

für Schlesien

Organ der RPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schoenländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teplitzer Straße 50, 4. St. Telefon 464. Redaktion: Breslau 10, Teplitzer Straße 50, 4. St. Telefon 464. Druck: „Vorkämpfer“ K.G., M.H. Breslau, Teplitzer Straße 50, Telefon 464.

Zwei Fronten:

Klassenkampf gegen Sozialpatrioten

Severing bekennet in Breslau: „Wir sind die besten Patrioten“ — Die Arbeiter demonstrieren gegen Mordterror und Panzerkreuzer — Arbeiter, in welcher Front stehst du?

Zwei Ereignisse gestern in Breslau, die so grundverschieden sind, wie sie unversöhnlich feindlich gegenüberstehen. Während im Zirkus Busch, geführt durch eine vierfache Postenkette der Polizei, der „Sozialdemokrat“ und preussische Innenminister Severing in einer Reichsbannerversammlung seinem „deutschen Herzen“ Luft machte und ein „Bekenntnis zum Vaterland“ ablegte, demonstrieren drinnen Tausende der Breslauer Arbeiter und Werkstätten, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft und des sozialfaschistischen Verrats. „Wir sind die besten Patrioten“, so erklärte der Vater des Revolutionsgesetzes, der „Kleine Metallarbeiter“. Wir sind die Partei des Klassenkampfes, wir sind die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus, gegen Mordterror und kapitalistische Ausbeutung, so bekannnten die Massen des Proletariats auf den Straßen.

Dem Ruf der Kommunistischen Partei zum Protest für den Mordterror der Nazis und gegen den Panzerkreuzer B, zum Protest gegen Severing und gegen die Schamlosigkeit der linken Betrüger Eckstein und Konsorten waren trotz der kurzen Vorbereitungszeit Tausende von Arbeitern gefolgt. In den Reihen der demonstrierenden Arbeiter sah man viele SPD-Proleten, viele SAJ-Genossen, die gegen den Panzerkreuzer, gegen Severing, gegen den Mordterror der Nazis aufmarchierten. Schulter an Schulter, brüderlich vereint in einer Front, zeigten sie aller Terrorherrscher der SPD-Bresse zum Trotz ihre Verbundenheit mit der revolutionären Arbeiterschaft. Auf dem Neumarkt hielt der Genosse Eugen eine kurze Ansprache. Er zeigte die systematische Mordhege der Nazis, zeigte, wie diese Mordhege betrieben wird im Interesse des Kapitals, wie der Faschismus als letztes Mittel der Bourgeoisie dienen soll, um ihre Macht zu behaupten. Aber der wachsenden Einheitsfront des Proletariats, der wachsenden Erkenntnis, Kraft, die in der Geschlossenheit ihrer Klasse liegt, muß das verkaufte System weichen. Er schloß in kurzen Worten die linken Mandatäre der Eckstein, Biegler und Konsorten, und rief die Massen auf zum geschlossenen Vorgehen.

Überall war das Verhalten der Polizei, die in ungläublicher Weise verlor, die demonstrierenden Arbeiter zu probieren und den Zug auseinanderzureißen, um durch die dadurch entstehende Verwirrung die „Notwendigkeit des Eingreifens“ herbeizuführen. Aber an der geschlossenen Disziplin der Demonstranten scheiterten diese Versuche der faschistischen Polizeioffiziere.

Überall in den Straßen wurde der Zug von Tausenden Arbeitern begleitet, und von den Anwohnern der proletarischen Viertel stürmisch begrüßt. Überall betonen die werktätigen Massen ihre Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei. In seinen Schlussansprachen auf dem Neumarkt wies Genosse Eugen auf das neue Bekenntnis der Sozialpatrioten und Vaterlandverteidiger, auf die neue Sprache von 1914 der sozialdemokratischen Führer hin, und auf die ungeheure Provokation der „linken“ Eckstein u. Co., die ausgerechnet in dieser Situation den von der Arbeiterschaft beschafftesten Sozialfaschisten, den Severing, sprechen lassen.

Diese Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft war das glänzende Bekenntnis der proletarischen Einheitsfront zum Klassenkampf gegen den Faschismus, war der Schwur der Rache für die Opfer der Mordbanditen. Diese Demonstration, die von einem großen Kampfsinn getragen war, zeigte die Geschlossenheit und Macht des Proletariats Breslaus, zeigte, daß es aus Verblüffung, Rot und Glend, aus Terror und Verrat nur einen Ausweg gibt: Kampf, Kampf! Kampf gegen die Mordhege der Nazis, Kampf gegen den „legalen“ Terror der „Demokratie“ durch die knauserhaltende Sozialdemokratie, Kampf gegen das ganze verkaufte System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Zwei Fronten zeigten sich gestern in Breslau. Die Sozialpatrioten, die Panzerkreuzerbauer, Schöpfer des Selbsts und des Profits, die Helfer der Bourgeoisie und des Faschismus, und die wachsende Front der Arbeiterschaft und der Werktätigen und Ausgebeuteten. Diese Demonstration war der Auftakt zu dem Massenaufruf der Kommunistischen Partei, der einzigen Führerin im Kampf der Unterdrückten, war der Auftakt der revolutionären Arbeiterschaft, der antifaschistischen Front zur Abrechnung mit den Vorkämpfern und Verrätern mit den braunen Mordbanden Dillers und Goebbels, mit den Severingern und Ecksteinern.

Der sozialfaschistische Kampfbund protestiert heute abend gegen die Aktion, die von den ehrsüchtigen Arbeitern im Kampfbund erzwungen worden ist und die sich gegen ihre eigenen Führer richtet. Aber wir fordern die Arbeiter im Kampfbund, in der SPD, und in der SAJ, ihre Führer zur Verantwortung zu ziehen. Beteiligt auch an der Kampfbundgebung am Freitag, erscheint, diskutiert mit

euren Arbeitshilfern, reißt auch ein in die antifaschistische Einheitsfront aller Werktätigen.

Für kommenden Freitag hat die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft zu einer Massenversammlung gegen Mordterror und Panzerkreuzer, zu einer Abrechnung mit den Sozialfaschisten aufgerufen. Wir laden hiermit

Oppelner Eisenbahner wählen Kampfausschuß

Dorpmüller maßregelt roten Betriebsrat — Schärfster Protest der Belegschaft Massen-Betriebsdemonstration gegen Maßregelung

Oppeln. Die Reichsbahndirektion Oppeln hat am Sonnabend das Mittelteil des geschäftsführenden Ausschusses des Betriebsrates aus dem Reichsbahnausbesserungswerk Oppeln, Gustav Lichte, welcher

Schriftliche Einladung an die Ortsleitung der SPD!

Die Kommunistische Partei, Bezirksleitung Schlesien, hat an die Ortsleitung der SPD in Breslau folgendes Schreiben gesandt:

Breslau, den 17. März 1931.

An die Ortsleitung Breslau der SPD!

In der Löbe-Versammlung wurde dem Vertreter der Kommunistischen Partei, dem soeben aus der Festungshaft entlassenen Genossen Artur Dombrowski, welcher zu den sozialdemokratischen Arbeitern über die Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Diktatur und Preußenregierung sprechen wollte, das Wort nicht gegeben. Dieses Verhalten läßt sich nicht anders erklären, als aus der Furcht der sozialdemokratischen Führer vor der Markierung der Rolle der SPD als Hilfs-polizei des Faschismus und als Streifhörnchenorganisator im Kampfe gegen den Lohnraub. Dieses Verhalten entspringt fernherhin der Absicht, das Zustandekommen einer kämpfenden Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu verhindern.

Die Kommunistische Partei führt am kommenden Freitag, den 20. März, 20 Uhr im Lokal „Schischwerber“ eine antifaschistische Massenversammlung gegen die braune Mordhege und die Panzerkreuzerpolitik der SPD durch.

Wir fordern die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Breslau, auf, zu dieser Versammlung den einen oder anderen ihrer prominenten Führer zu entsenden, um sich zu der Panzerkreuzerpolitik der SPD, zu der Unterdrückung der nationalsozialistischen Mordtaten zu äußern und zu rechtfertigen. Wir sichern Ihnen insgesamt eine Redezeit von einer Stunde zu.

Bezirksleitung Schlesien der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Einheitsfront.

die Eckstein, Biegler, Kraus in aller Öffentlichkeit ein, in dieser Massenversammlung sich vor den Arbeitern für ihre Politik zu verantworten. Wir rufen alle Werktätigen auf, zu unserer antifaschistischen Kundgebung zu kommen und sich dort von den sozialdemokratischen Führern sagen zu lassen, wie die Sozialdemokratie „gegen den Faschismus kämpft“. Die kommunistische Partei hat die Führer der Breslauer Sozialdemokratie schriftlich eingeladen, in dieser Massenversammlung zu sprechen.

Sozialdemokratische Arbeiter! SAJ-Genossen! Fordert eure Führer auf, in dieser Versammlung zu erscheinen! Zwingt sie, ihre Politik vor den Massen der Arbeiterschaft zu verantworten! Schließt die antifaschistische Front aller Arbeiter! Heraus zur antifaschistischen Massenkundgebung! Heraus zum Protest gegen die Lohn- und Stenerraubpolitik, gegen die Kriegsbegehr, Sozialpatrioten und Panzerkreuzerbauer!

red SPD angehört, kritisch entlassen. In dieser Entlassung hat die Eisenbahnhauptverwaltung die Zustimmung erteilt und als Grund angeführt, daß die Eisenbahner durch Verlauf von revolutionärer Literatur zum Streik aufgefordert hat.

Die Betriebsbelegschaft hat auf der am Sonntag, dem 15. März, abgehaltenen Versammlung gegen diese Provokation auf das Schärfste protestiert. Die Empörung unter der Belegschaft ist derart gestiegen, daß der Betriebsrat trotz Verbot der Direktion am Dienstagmittag erneut eine Betriebsversammlung einberufen mußte. In dieser Versammlung sprach ein SPD-Vertreter. Die Kollegen fordern in einer Entschiedenheit die sofortige Zurücknahme der Entlassung. Nach Betriebsbesuch zog die Belegschaft demonstrierend vor das Direktionsgebäude, das von einem großen Ausgebot Schuss und Bahnschutz abgeperrt worden ist. Der Zug zählte 1500 Mann.

In der am Sonntag von der SPD abgehaltenen Belegschaftsversammlung wurde der Bericht von der Randziner Konferenz gegeben. Die Kollegen begrüßten die Gründung des roten Eisenbahnerverbandes und wählten nach dem Referat zu dem bevorstehenden Lohnkampf und den Aufgaben einen 42 Mann starken Kampfausschuß. Der Antrag, daß in Zukunft ein Vertreter des Erwerbslosen Ausschusses zu den Betriebsversammlungen geladen wird, wurde angenommen. Der Antrag hat den Zweck, die engste Kampfgemeinschaft gegen Lohnraub und Faschismus herzustellen.

Die Gewerkschaftsbürokratie kühnhandelt am grünen Tisch mit der Eisenbahnhauptverwaltung über einen Abbau der Eisenbahnerlöhne. Die SPD schafft alle Voraussetzungen, um diesen Lohnabbau durch Auslösung eines Streiks zu verhindern. Die Oppelner Eisenbahner gehen gemäß ihrer revolutionären Tradition mit gutem Beispiel voran, indem sie bereits in einer Belegschaftsversammlung einen vorbereitenden Kampfausschuß gewählt haben. Die Eisenbahnerverwaltung gemeinsam mit der Gewerkschaftsbürokratie erkennt diese Gefahr. Durch eine von Dorpmüller persönlich erlassene Verfügung verhängt die Eisenbahnhauptverwaltung ihren Kampf gegen die SPD.

Die oberste Eisenbahner werden vor diesem Terror nicht zurückweichen, sondern ihre Vorkämpfer zur Auslösung eines Kampfes vorkämpfen. Diese Aufgabe aber muß alle Eisenbahner im Reich übernehmen, den oberste Eisenbahner zu Hilfe zu kommen, indem sie ebenfalls im ganzen Reich die Arbeit für die SPD verhängen. In ganz Oberschlesien und Schlesien müssen die Eisenbahner gegen die Maßregelung des roten Betriebsrats in Oppeln in Belegschaftsversammlungen ihren Protest erheben, welcher verbunden werden muß mit der Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen, um in geschlossener Front der räuberischen Politik Dorpmüllers sowie der Gewerkschaftsbürokratie entgegenzutreten.

Mordterror und Panzerkreuzer

Severing, der gehorsame Pudel, verbletelt

Demonstration am Reichsjugendtag

Generelles Verbot aller Autofahrten der Jungarbeiter geplant — Auf Antrag der SPD. Bonzen im Landtag

Wie die „Schlesische Zeitung“ mitteilt, haben sozialdemokratische Abgeordnete im Preussischen Landtag eine „Meine Anfrage“ gerichtet, die sich mit dem nationalsozialistischen Ueberfall

am 7. Februar in Steine im Kreise Breslau befaßt. Severing, der preussische Polizeiminister, hat dahingehend geantwortet, daß man ein generelles Verbot aller Naziveranstaltungen in Breslau „in Erwägung ziele“. Dann aber heißt es weiter:

„Ebenso wird die Frage erwogen werden, ob unter den gegebenen Umständen Kraftwagentransporte radikaler Organisationen polizeilich zu beschränken sind.“

Das heißt in die Worte der Arbeiterschaft überetzt: Verbot der Autofahrten der Jungarbeiterschaft zum Reichsjugendtag, das ist der Versuch, die Jungarbeiter, die die teure Reichsbahn nicht bezahlen können, dadurch vom Aufmarsch in Berlin zu Ostern abzuhalten zu wollen.

Severing bleibt dabei nicht stehen, sondern geht weiter und hat seinen Parteigenossen Grzesinski, dem Berliner Polizeipräsidenten, den Auftrag gegeben, Demonstrationen am Reichsjugendtag Ostern in Berlin zu verbieten.

In der Begründung dieses Verbots heißt es, daß auf Grund der „Ausweichungen beim 5. Reichsjugendtag in Leipzig“, wo zwei provozierende Polizeioffiziere durch eigene Schuld tödlich verletzt wurden, dieses Verbot notwendig sei. Die Begründung soll dazu dienen, die werktätigen Massen über den wahren Sinn des Verbots hinwegzutäuschen. Unter den Augen der Polizei morden die Nazis Arbeiter. Das Demonstrationsverbot zum Reichsjugendtag ist eine offene Unterstützung der Nazis.

Dieser Anschlag Severings muß an der vereinten Kraft der Arbeiterschaft scheitern. Die verlogenen Phrasen vom Kampf gegen den Nationalsozialismus, vom Verbot nationalsozialistischer Aufmärsche und Ueberfälle sind zu durchsichtig. Noch überall ist mit dem Schlachtruf „Gegen die Faschisten“ die Arbeiterschaft niedergeknüppelt worden.

Von Jahr zu Jahr wurden die Aufmärsche der werktätigen Jugend unter Führung des kommunistischen Jugendverbandes gewaltiger. Die Bourgeoisie fürchtet den kommunistischen Jugendverband und die werktätigen Jugendmassen, deren Kampfkraft immer größer wird. Ihre ganze Wut richtet sich gegen den KPD. Darum führt die Bourgeoisie verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die werktätige Jugend durch.

Ernst Henning

Der Genosse Ernst Henning, gemeinhalt von den Mordkolonnen nationalsozialistischer Banditen, ist ein alter Kämpfer in den Reihen der Arbeiterbewegung. Seit 1918 hat er stets in den ersten Reihen gestanden, wenn es galt, für die Arbeiterschaft und für den Sozialismus zu Felde zu ziehen.

Am 12. Oktober 1893 wurde der Genosse Ernst Henning in Magdeburg geboren, später kam er nach Bergeborj, wo er nach Kriegsende im Jahre 1918 den Arbeiter- und Soldatenrat ins Leben rief. Unermüdblich kämpfte er damals gegen den sozialdemokratischenerrat, aber er konnte ihn nicht verhindern. Auch im Oktober 1923 stand Genosse Ernst Henning mit in der vordersten Reihe. Das Klassengericht verurteilte ihn wegen seiner Teilnahme am Oktoberaufstand zu vier Jahren Festung. Genosse Henning verlieh den Kerker noch getähter und geistigster, als er hineingegangen war. Sein Mut konnte nicht gebrochen werden.

Von dem Augenblick an, wo er die Kerkermauern hinter sich ließ, wurde er Führer der Bergeborjer Partei. Zunächst als Vizeleiter des damaligen N.V. Lauchburg, dann als Leiter des Arbeitsgebiets Bergeborj. Im Jahre 1927 wurde Henning in den Bergeborjer Stadtrat gewählt.

Noch in der vorigen Woche hatte der Genosse Henning in einem Gespräch mit Genossen des proletarischen Freidenkerverbandes lachend geäußert: „Mein Wunsch war immer, auf der Barrikade zu sterben.“

Dieser Wunsch ist ihm nicht erfüllt worden. Er ist gefallen als das Opfer eines feigen und hinterlistigen Ueberfalls faschistischer Mordbanditen. Die Arbeiterschaft der Wasserlaute verliert mit dem Genossen Henning einen ihrer besten und mutigsten Vorkämpfer. Er ließ sein Leben im Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft.

Laßt die Armen verhungern!

KPD. für Kürzungen der Sozialausgaben

Wer Panzerkreuzer baut, hat für die Hungernden kein Geld — Der KPD.-Antrag auf 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit SPD. abgelehnt

Berlin, den 17. März. (Eig. Bericht.) Wer entnimmt sich nicht an den von den Sozialdemokraten vor den Reichstagswahlen am 11. September geäußerten Ausspruch: „Doch mit den Armen hat Preußen kein Erbarmen!“ Das war vor der Wahl. Heute erregt sich das Unglaubliche, daß die SPD. restlos allen weiteren Abbaumassnahmen am Sozialetat der Brüning-Diktatur ihre Zustimmung gab. Die Abstimmungen ergaben folgendes Bild:

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Lohnraub-Minister Stegerwald mit 301 gegen 51 Stimmen.

Die Sozialdemokraten stimmten ausdrücklich für Stegerwald. Der kommunistische Antrag, keine Streichungen in der Familienwochenhilfe vorzunehmen, sondern dafür 120 Millionen Mark für den Etat einzusetzen, wurde gleichfalls in Einheitsfront von SPD. bis zu den offenen Quatern und Militaristen abgelehnt.

Der Antrag der Kommunisten, 6 Millionen für Kindererziehung auszugeben, wird mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Der Antrag der Kommunisten, zur Rettung der Knappschaftsversicherung 100 Millionen in den Etat einzusetzen, wird abgelehnt, und zwar mit den sozialdemokratischen Stimmen.

Faschismus, gegen Massenverleumdung und imperialistische Kriegsgelahr — für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion — für die Klassenziele und Tagesforderungen des Proletariats — für den Sozialismus und für Brot und Freiheit!

Gemeinsame Abwehrfront gegen den provokatorischen Reichstagsheimatmarsch am 31. Mai in Breslau. Rühret zum Massenstreik gegen diesen faschistischen Ueberfall auf das werktätige Volk Schloßens!

Wir reichen den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand; wir rufen ihnen zu: Kämpft mit uns gemeinsam, und der entscheidende Schritt zur kommunistischen Partei, zur Partei Lenins, wird euch nicht schwer fallen.

Es gibt nur eine Kraft, die den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zum Siege führen kann, das ist die kommunistische Internationale.

Es gibt nur einen Weg, der zum Sturze des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus führt, das ist der Weg des Bolschewismus, den unsere russischen Brüder erfolgreich gegangen sind.

Darum höhrt die Fahne des revolutionären Marxismus, her zur Partei Lenins, zur kommunistischen Partei!

Ein M.-Mann erschlagen

Die Telegraphen-Union meldet: Breslau, 17. März. Am Sonntagabend fand, wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, in marxi-mal, Kreis Bries, eine sozialdemokratische Versammlung statt. Im Hofe des Versammlungsortes kam es zu einer Schlägerei zwischen

Abgelehnt wird ebenfalls der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Ausdehnung der Arbeitsfürsorge für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit. Auch dagegen stimmten die Sozialdemokraten.

Und um die Verbände vollständig zu machen, stimmten dann auch noch die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Schließlich wurde der um mehrere Millionen gekürzte Arbeitsetat und Sozialetat der Brüning-Diktatur mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Ein anderes Gankelspiel trieben die Sozialdemokraten, indem sie im letzten Moment, nachdem sie bereits im Ausschuß der restlosen Streichung aller Mittel für die Kindererziehung zugestimmt hatten, einen Antrag einbrachten, der 3 Millionen für die Kindererziehung verlangte. Sofort machte natürlich der Faschparteilere Cremer vor der veränderten Geschäftsordnung Gebrauch und erklärte, der sozialdemokratische Antrag könne darum nicht angenommen werden, weil keine Deckung vorhanden sei. Löbe konnte ein und verdröselte Herrn Cremer auf die dritte Lesung, so daß der sozialdemokratische Antrag vorläufig (!) mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen wurde.

Versammlungsmitgliedern und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der 29jährige M.-Mann Adolf Gerstenberg mit einer Baumlatte einen Schlag über den Kopf erhielt. Gerstenberg wurde mit einem Schädelbruch ins Briesger Krankenhaus eingeliefert, wo er am Montagabend seinen Verletzungen erliegen ist.

Nach in Bochum rebellieren die SPD.-Arbeiter

Bochum. Eine außerordentliche Generalsversammlung der SPD. von Groß-Bochum nahm einen fürnischen Verlauf. Es wurde zum Wehretar und dem Bau des Panzerkreuzers B. Stellung genommen. Der betrichtigte Dujemann, der sich immer noch „Bergarbeitführer“ zu nennen wagt, trat als Referent für die schmähliche und verräterische Haltung der SPD.-Reichstagsfraktion in der Panzerkreuzerfrage ein. Auch hatte er nichts gegen den schändlichen Unfall der SPD. bei der Abstimmung der Millionärsteuer zu sagen.

Schon während des Referats machte sich eine starke Opposition bemerkbar. Die nachfolgende Diskussion verlief außerordentlich erregt und fürnisch. Den leitenden Bezirksstrategen glitt die Versammlung aus den Händen. Eine Resolution wurde angenommen, in der die Bochumer SPD. die Ablehnung der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers B im Plenum des Reichstages verlangt. Viele Stimmen wurden laut, der Partei der Panzerplatten und der Millionärshuges den Rücken zu kehren.

60 Jahre Pariser Kommune

Heute, 19.30 Uhr: Gedenkfeier im „Lunapark“, Breslau-Morgenau Marschiert in Massen auf! Zentraler Sammelplatz: Am Ohlauufer (Freiheitsbrücke)

Wählt rote Einheitslisten!

5 Millionen Arbeitslose sind Lumpenproletarier

Ein Unternehmerhinterlistig entlarvt den Volksbetrug der Faschisten — Nazis sind „Schuhwoll und Kampftruppe“ der Unternehmer

In seinem Buch „Nationalsozialismus und Wirtschaft“ gibt ein Dr. Reupke, Syndikus des Industriellenverbandes, aufschlüsselnde Kommentare zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm. Die Entstehung des Buches ist darauf zurückzuführen, daß die hinter Hitler stehenden Kreise des Finanzkapitals die Zeit für gekommen halten, wo man selbst mit den Agitationsphrasen gegen die „Brechung der Zinsknechtschaft“ Schluss machen muß. Der Faschistenantrag soll keine wahre Aufgabe, sondern ein Scheinprogramm sein, das die Arbeiter gegen den Kapitalismus zu sein, klar erkennen. Es ist jedoch ein Zeichen besonderer Art, wie weit Hitler die Korruption der ihm folgenden irreführenden Propaganda glauben glaubt, wenn der Syndikus Reupke brutal die Ausbeuterfrage des Kapitals nunmehr offen von allen Agitationsmasken entkleidet.

Die Kennzeichnung dieses wahren nationalsozialistischen Programms hat jedoch in nationalsozialistischen Unterführerkreisen solchen Entsetzen vor dem Erwachen der irreführenden Massen ausgelöst, daß man sich eine Hinterlist offen gelassen hat. Hitler ließ die Schrift Reupkes nicht für offiziell erklären. Wie sehr offiziell diese Schrift jedoch ist, geht aus dem hervor, was Reupke über die Nazis und ihr Programm schreibt.

Ueber das Privateigentum:

„Das ist zunächst die Anerkennung des Privateigentums. In Nachträgen zum Programm verwahrt sich die Partei ausdrücklich und feierlich dagegen, daß aus einer allgemeinen Bewertung über entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz geschlossen werden könnte, sie stünde nicht rechtslos auf dem Boden des Privateigentums, das Hitler übrigens als die Grundlage unserer Zivilisation bezeichnet.“

Ueber die im ersten Programm geforderte Abschaffung des zinsenden Kapitals,

Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens:

„Es sei deshalb vorausgeschickt, daß die legitimen Ansprüche des Kapitals, genauer gesagt der Kapitaleigner, auf Sicherstellung und angemessenen Nutzen nicht angegriffen werden dürfen.“

Ueber Sozialismus:

„Für den Nationalsozialismus ist der noch heute übliche Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus ein Spiel mit Worten und Begriffen, dem er sich nicht beugt.“

Das ist noch offener wie der Goebbels'sche Ausspruch: „Der Sozialismus ist uns nur Mittel zum Zweck!“

„Brechung der Zinsknechtschaft“

Ueber die Brechung der Zinsknechtschaft ist ungeheuer viel diskutiert worden, es ist nicht zuviel gesagt, daß man sich ernsthaft mit ihr in der extremen Form nicht mehr zu beschäftigen braucht.“

Selbst Herr Gottfried Feder, „der sich keine sozialistischen Tendenzen unterziehen lassen wollte“ (Jurist an Dingeldey im Reichstag) ist dem Industrieverbandsyndikus Dr. Reupke nach zu „reduktionär“ und wird also auch zum alten Eisen geworfen.

Verstaatlichung der Trusts (Punkt 13 des Programms):

„In dieser Forderung liegt aber ein schwerer grundsätzlicher Fehler, der in der heutigen Auffassung des Nationalsozialismus schon überwunden zu sein scheint. Auch der Faschismus wendet sich gegen die Finanz- und Dividendenpolitik in der Unternehmung und sucht (!) sich hiergegen zu schützen. Die Verstaatlichung, wenn wir es so nennen können, wird nicht körperlich-massig (!) bewerkstelligt, sondern auf geistiges (!) Gebiet geschoben. Der Nationalsozialismus, der in dieser Frage ähnliche Ansichten wie der Faschismus vertritt, ging bisher in diesen Dingen viel zu einseitig vor, schon aus mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse über das Ziel hinaus.“

Damit ist eine der gefährlichsten Demagogien der Faschisten als solche gekennzeichnet. Wir dürfen nicht müde werden, den nationalsozialistischen Propaganda diesen Volksbetrug immer wieder ins Hirn zu hämmern.

Ueber die Arbeitslosen (Punkt 18 des Programms):

„Warum gerade Altersversicherung? Der Faschismus warnt vor einer Lebensspannung des Fürsorgeprinzips und hat deshalb eine Sozialversicherung eingeführt, deren Lasten nur so hoch gestellt sein sollen, daß sie für die Wirtschaft tragbar sind. Der Nationalsozialismus vertritt ähnliche Gedanken besonders in Bezug auf die Kranken- und Arbeitslosenversicherung.“

In den weiteren Ausführungen kommt der neue Programmatiker der Nationalsozialisten dann zu folgender ungeheuerlichen Verhöhnung und Beschimpfung der 5 Millionen Arbeitslosen:

„Weiterhin wird nicht zu umgehen sein, daß die von der Sozialdemokratie eingeführte Art der nachkommenden Sozialpolitik ist, die in Wirklichkeit nichts ist, als die Stabilisierung des Verfallenszustandes zum Herausbücheln eines Lumpenproletariats.“

Wird die von diesem kapitalistischen Goldschreiber so hervorragend verteidigte kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht erbarungslos in Deutschland 5 Millionen Menschen in das grauenhafteste Elend der Arbeitslosigkeit, und der Nationalsozialismus beschimpft diese Opfer der Kapitalbesitzer dann als Lumpenproletariat!

Zum Schluß, damit die kapitalistischen Auftraggeber, die Monopolfürsten aller Schattierungen und aller Bekennnisse auch ja wissen wie der Nationalsozialismus heute die Front

seiner Anhänger einstellt, stellt dieser Unternehmerlat Dr. Reupke noch mit aller Deutlichkeit fest:

„In den gegenwärtigen Phasen stellt die NSDAP. vor allem etwas dar, was gerade das ebenfalls (!) antimarkistische Bürgerium und Unternehmertum auszuoft vergessen: eine Kampftruppe und die einzige Kampftruppe, die sich zwischen den Rest dessen, was deutsches Wesen und deutsche Wirtschaft (!) heißt und das Chaos stellen, in das eine ungehemmte markistische Wirtschaft- und Außenpolitik Deutschland für immer zu stürzen droht.“

Besser kann der Charakter dieser Unternehmerrunde wohl kaum gekennzeichnet werden. Die Betriebsrätewahlen geben der Arbeiterklasse die Möglichkeit, eine gründliche Arbeit zu leisten und ihren reformistischen Wegbestrebungen entgegenzusetzen. Rote Listen sind bei den Unternehmern verboten, während die Nazi-Strahlbrecher bei den Schurkern beliebt sind. Rote Listen sind auch die richtige Antwort auf die Morbitalen, die von der Nazi-Partei an kämpfenden Arbeitern begangen werden.

Rote Listen führen zum Sieg über die Ausbeuter!

Roter Sieg bei Agfa, Berlin-Treptow

SPD. verliert einen Betriebsrat — Nazis rücken vollkommen ab

Am Montag und Dienstag fand bei der zum 30. Farbenkonzern gehörenden Firma Agfa in Berlin-Treptow die Betriebsratswahl statt, die mit einem vollen Erfolg der roten Einheitsliste endigte. Die Reformisten hätten ein Mandat ein und die Nazis, die ebenfalls eine Liste aufgestellt hatten, erhielten überhaupt kein Mandat. Das Stimmenergebnis war folgendes (in Klammern das Ergebnis von 1930):

Rote Einheitsliste	535 (655)	8 Mandate (8)
Reformisten	200 (275)	2 „ (3)
Nazis	60 (-)	— „ (-)

Die Verminderung der Stimmen erklärt sich daraus, daß im Verlaufe des letzten Jahres etwa 250 Gesellschaftsmitglieder, meistens oppositionelle Kollegen und Kolleginnen, entlassen worden sind. Der roten Liste gelang es, stark in die Reihen der reformistischen Anhänger einzubrechen, so daß sich die Verminderung der Belegschaft nur auf die Reformisten auswirkte. Bemerkenswert ist außerdem die vollkommene Pleite der Nazis. Sie haben bisher bei den Betriebsratswahlen nur Niederlagen erhalten.

Das ist die SPD. = Schönfelder-Polizei

Wie sie mit der Partei der Mordmörder gegen die Arbeiter zusammenarbeitet

Die letzten Ereignisse in Hamburg stellen nicht nur die verbrecherischen Morde an den Franzosen, sondern werfen gleichzeitig ein höchst bezeichnendes Licht auf die sozialdemokratische Schönfelder-Polizei. Einer der Mörder unseres Genossen Henning stand jahrelang als Polizist in den Diensten des SPD.-Polizeipräsidenten Schönfelder. Vor einigen Tagen berichteten wir über das Attentat des Nazi-politischen Wohl auf den Regierungsrat Cassalla. Diese Tatsachen zeigen, wie sozialistisch versucht die sozialdemokratische Schönfelder-Polizei ist und wie die Elemente ausleihen, die die SPD.-Polizeipräsidenten auf die Arbeiter loslassen.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen ist es angebracht, auf die große Polizeiaktion des Sozialdemokraten Schönfelder zurückzukommen, die er vor einigen Tagen zum Schutze der nationalsozialistischen Franzosen-Versammlung gegen die in dieser Versammlung anwesenden Arbeiter unternommen hatte. Der „Angriff“ vom 12. März berichtet über Schönfelders Polizeiaktion mit freudigem Schmunzeln:

„In Uebereinstimmung (!) mit der Hamburger Polizei wurde nun eine sofortige Schließung und Besetzung des Saales veranlaßt (!). Kurz nach 3 Uhr rückte die Polizei in 10 Hundertschaften (!) an, riegelte sämtliche benachbarten Straßen ab und sperrte auch den Saal selbst vollkommen ab. Nach wenigen Minuten ging man dann an eine Prüfung der im

Saal bereits Versammelten. Man gestaltete die Kontrollen ganz rüchlos und schritt zur Festnahme von 1500 Arbeitern, die durchweg im Besitze der gefährlichsten (!) Karten waren. Innerhalb von einer Stunde wurden nun die 1500 festgenommenen Personen in Vollgeleusen, teils zum Stadthaus, teils zum Justizgebäude gebracht. Die Staatsanwaltschaft des Hamburger Staates wird gegenüber 200 Personen nun ein Strafverfahren (!) wegen Betruges und aller Wahrscheinlichkeit nach auch wegen Urkundenfälschung in die Wege stellen.“

Hier wird offen zugegeben, daß die Polizeiaktion gegen die Arbeiter in der Franzosenversammlung vorher mit den Nazis vereinbart worden war und daß die Polizei die Wünsche der Nazis mit aller Rücksichtslosigkeit durchführte. Das ist die sozialdemokratische Schönfelder-Polizei, die ihre einzige Aufgabe darin sieht, die Nazis zu schützen, die Arbeiter aber mit dem Gummiknüppel zu traktieren. Kein Wunder, daß eine solche Polizei eine wahre Schutztruppe für solche faschistischen Verbrecher ist, wie sie wenige Tage darauf bei dem Mordverrat auf den Regierungsrat und bei dem Mord an unserem Genossen Henning in Aktion getreten sind.

Diese Vorfälle illustrieren die wahre Rolle der sozialdemokratischen Polizei. Sie ist nicht nur kein Schutz gegen den Faschismus, sondern ein Instrument zur Niederschlagung des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazimörder.

Sonabend Einäscherung des Genossen Henning, Hamburg

Hamburg, 17. März. (Eig. Bericht). Am Sonnabend findet die Einäscherung der Leiche des ermordeten Genossen Henning statt. Die Hamburger Organisation hat eine Reihe von Vorbereitungen getroffen, um den Ermordeten unter Anteilnahme der gesamten werktätigen Bevölkerung zu bestatten. Die kommunistische Fraktion in der Bürgerwehr bereitet für die am Mittwoch stattfindende Bürgerwehrrückführung zahlreiche Anträge gegen den Mordverrat der Nazis vor und fordert die öffentliche Untersuchung der Morde an dem Abgeordneten Henning.

Betriebe und Stempelstellen gegen den Mordterror

Hamburg, 17. März. (Eigener Bericht). Auf dem Nachweis der Zimmerleute fand eine öffentliche Stempelstellenversammlung statt, an der sich viele sozialdemokratische Arbeiter beteiligten. Einstimmig fand eine Protestaktion gegen den Mordterror, gegen den Koalitionssekt und gegen das Verbot der kommunistischen Presse und Rundgebungen Annahme.

Eine Sektionsversammlung des Berliner Betriebes Gria

6 Graech nahm ebenfalls zum Hamburger Mord Stellung und nahm eine Resolution an, in der die gesamte Arbeiterklasse aufgefordert wird, sich gegen den Naziterror zur Wehr zu setzen.

Lübeder Arbeiter demonstrieren

Lübeck, 17. März. (Eigener Bericht). Als in Lübeck der Mord an dem Genossen Henning in Hamburg bekannt wurde, sammelten sich auf dem Marktplatz viele Arbeiter, die erregt über diesen gemeinen Mord auftraten. Am Abend fand eine riesige Demonstration statt, an der sich zahlreiche Reichshannoverleute und SPD.-Arbeiter beteiligten. Die Polizei ließ sich an diesem Abend nicht sehen.

Getreidepreise steigen

Die Getreidepreise sind in den letzten Wochen in alarmierender Weise gestiegen. Roggen kostete noch Ende Februar 184 Mark die Tonne. Jetzt kostet die Tonne 186 Mark. Eine Steigerung von über 13 Prozent innerhalb von 14 Tagen. Gutes Roggenmehl liegt in der gleichen Zeit von 27,50 Mark pro Doppelzentner auf 30 Mark; eine Steigerung von fast 10 Prozent. Auch die Preise für Weizen und Weizenmehl, für Hafer und für Gerste sind gestiegen.

Der Bauer hat keinen Nutzen mehr von der Steigerung. Er hat seine Ernte zum größten Teil verkauft. Aber die Massen werden dafür zahlen müssen, damit die Händler den Gewinn ihrer Spekulation einstecken können.

Rund um den Erdball

Das kapitalistische System verwandelt Menschen in blutdürstige Bestien

Geständnis des Versicherungsmörders Tegner

Wie der unbefamte Wanderbursche ermordet wurde — Hat Tegner auch seine Schwiegermutter vergiftet?

Am Dienstagvormittag begann im Regensburger Justizpalast der Mordprozess gegen den 26-jährigen Kaufmann Tegner aus Leipzig und dessen Ehefrau Emma Tegner, die der Beihilfe an der grausigen Tat ihres Mannes beschuldigt wird. Wie erinnerlich, wird den Angeklagten vorgeworfen, am 21. November 1929 an dem Wanderburschen Alois Ortner einen versuchten Mord begangen und fünf Tage später einen bisher unbekannt gebliebenen Wanderburschen in seinem Auto bei lebendigem Leibe verbrannt zu haben. Die bestialische Tat verübte Tegner, um einen Unfall vorzutäuschen, damit Frau Tegner sich in den Besitz der Versicherungsprämie von 145 000 Mark setzen könnte.

1. Verhandlungstag

Regensburg, 17. März. Unter großem Andrang der Sensationsgierigen wurde am Dienstag, vormittag um 8 1/2 Uhr, die Verhandlung im Regensburger Justizpalast eröffnet. Eine Viertelstunde vor Beginn der Verhandlung wurde das angeklagte Ehepaar in den Saal geführt. Tegner war gefesselt. Und erst im Gerichtssaal wurde ihm die Fessel abgenommen. Gleich eintreffend der Verhandlung kommt es zu einem Zusammenstoß des Verteidigers Frau Tegers und dem Staatsanwalt. Der Verteidiger beantragte die Ablehnung eines Sachverständigenarztes wegen „fehlender Objektivität“. Dieser Arzt habe seinen Antrag auf Untersuchung der Frau Tegner, die sich seiner Ansicht nach in einem hypnotisierten Zustand befunden habe, mit den Worten abgelehnt, „das sei eine unsinnige Behauptung, die nur auf Sensation abziele.“

Nach Erledigung dieses Zwischenfalls wird die Anklage gegen Tegner und dessen Frau verlesen. Tegner ist bereits einmal wegen Diebstahls und Betrugs vorbestraft.

Vorsitzender: Sie haben früher Aussagen gemacht, wobei Sie sich des Verbrechens des Mordes selbst beschuldigten. Dann haben Sie diese Aussagen widerrufen. Wollen Sie heute eine andere Erklärung abgeben?

Tegner: Ich behaupte heute wieder, daß der Wanderbursche durch einen Unfall zu Grunde gegangen ist.

Vorsitz.: Am 25. Dezember 1927 heirateten Sie. Ihre Schwiegermutter war schwer krank. Das soll Sie und Ihre Frau auf den Gedanken gebracht haben, man könnte mit der Kranken Frau ein gutes Geschäft machen, wenn man sie hoch verschuldet. Tatsächlich ist dann ihre Schwiegermutter versichert worden und die Versicherung auf 10 000 Mark wurde zu Ihren Gunsten abgeschlossen. Die alte Frau hat dann keine vier Wochen mehr gelebt.

Tegner: Jawohl, sie lag im letzten Stadium des Krebses. Für den Tod meiner Schwiegermutter kann ich nichts.

Vorsitz.: Dann wurde Ihnen die Versicherungssumme von 10 000 Mark ausgezahlt. War das nicht ihr Unglück? Kamen Sie nicht auf die Idee zu den furchtbaren Taten, die Sie nachher begangen haben?

Tegner: Ja, diese Geschichte brachte mich auf die Idee.

Vorsitz.: Ist es richtig, daß Sie dann auch Ihre Mutter und Ihre Frau versichern lassen wollten?

Tegner: Das ist nur einmal ganz flüchtig von mir erwogen.

Vorsitz.: Haben Sie nicht zu Ihrer Frau gesagt: Mit 15 000 Mark bekommt man jedes Gift, das man braucht?

Tegner: (äußerst erregt) Das ist nicht wahr, das bestreite ich entschieden.

Mit der Mordprämie an die Ostsee

Vorsitz.: Sie hatten damals, ehe Sie die Versicherung abschließen, noch 25 000 Mark Vermögen. Und mit dem Gelde von der Versicherung ihrer Schwiegermutter machten Sie eine Bergungstour an die Ostsee. Und dann haben Sie sechs Wochen in Nürnberg verlebt. Mit 10 000 Mark haben Sie sich am Pestalozzi-Verlag beteiligt. Dann kauften Sie sich einen Spielwagen für 2400 Mark und dann war das Geld wieder alle. Stimmt das?

Tegner: Jawohl.

Vorsitz.: Wie kamen Sie nun auf den Gedanken, hohe Versicherungen aufzunehmen und dann einen Mord zu begehen?

Tegner: Ich bekam 2000 Mark geliehen, mit denen ich mich herausarbeiten wollte.

Vorsitz.: Sie wollten also selbst verschwinden und für ihr Leben eine große Summe ausgezahlt erhalten. Dann sind Sie die Versicherungen auf insgesamt 145 000 Mark eingegangen?

Tegner: Das kam erst nach und nach.

Der Mordversuch an Ortner

Ebenso ruhig und kaltblütig wie die Fragen des Vorsitzenden schildert er auch den Mordversuch an dem Wanderburschen Ortner, den er auf der Landstraße bei Gallmershalm traf und

Eisenbahnunglück im Kreise Diepholz

Ein Todesopfer — Zwei Schwerverletzte

Diepholz, 17. März. Am Dienstagmorgen fuhr der Personenzug Münster—Hamburg beim Uebergang der Provinzialstraße Bremen—Osabrück bei Stemsborn im Kreise Diepholz auf einen Lastkraftwagen auf, der gerade die Gleise passierte.

Durch irgend einen unglücklichen Umstand war die Schranke nicht geschlossen. Die Lokomotive erfaßte den Zugwagen und schleifte ihn eine ganze Strecke mit. Von den drei auf dem Anhänger befindlichen Personen wurde ein Mann getötet, die anderen beiden schwer verletzt. Das Gleis Osabrück—Bremen mußte bis Freitag gesperrt werden.

ihn zum Mitfahren einlud. Unterwegs täuschte er einen Unfall vor und veranlaßte Ortner, mit einem Schraubenschlüssel unter den Wagen zu kriechen. Diese Gelegenheit benutzte Tegner, um hinterücks mit einer Eisenstange auf den Abhänger einzuschlagen. Nur mit der größten Anstrengung gelang es Ortner, dem mörderischen Anschlag zu entkommen. Obwohl er schwer verwundet war, hat ihn Tegner noch verfolgt. Dann schickte Tegner den Fall vom 26. November. Beim Eintritt

der Dunkelheit kam ich in die Nähe von Bayreuth. An einer Kurve bemerkte ich eine Person und wollte ruhig vorbeifahren. Ich drückte auf die Hupe, die Person drehte sich um und lief mir in den Wagen hinein.

Vorsitzender: Also sind Sie unschuldig an diesem Unfall?

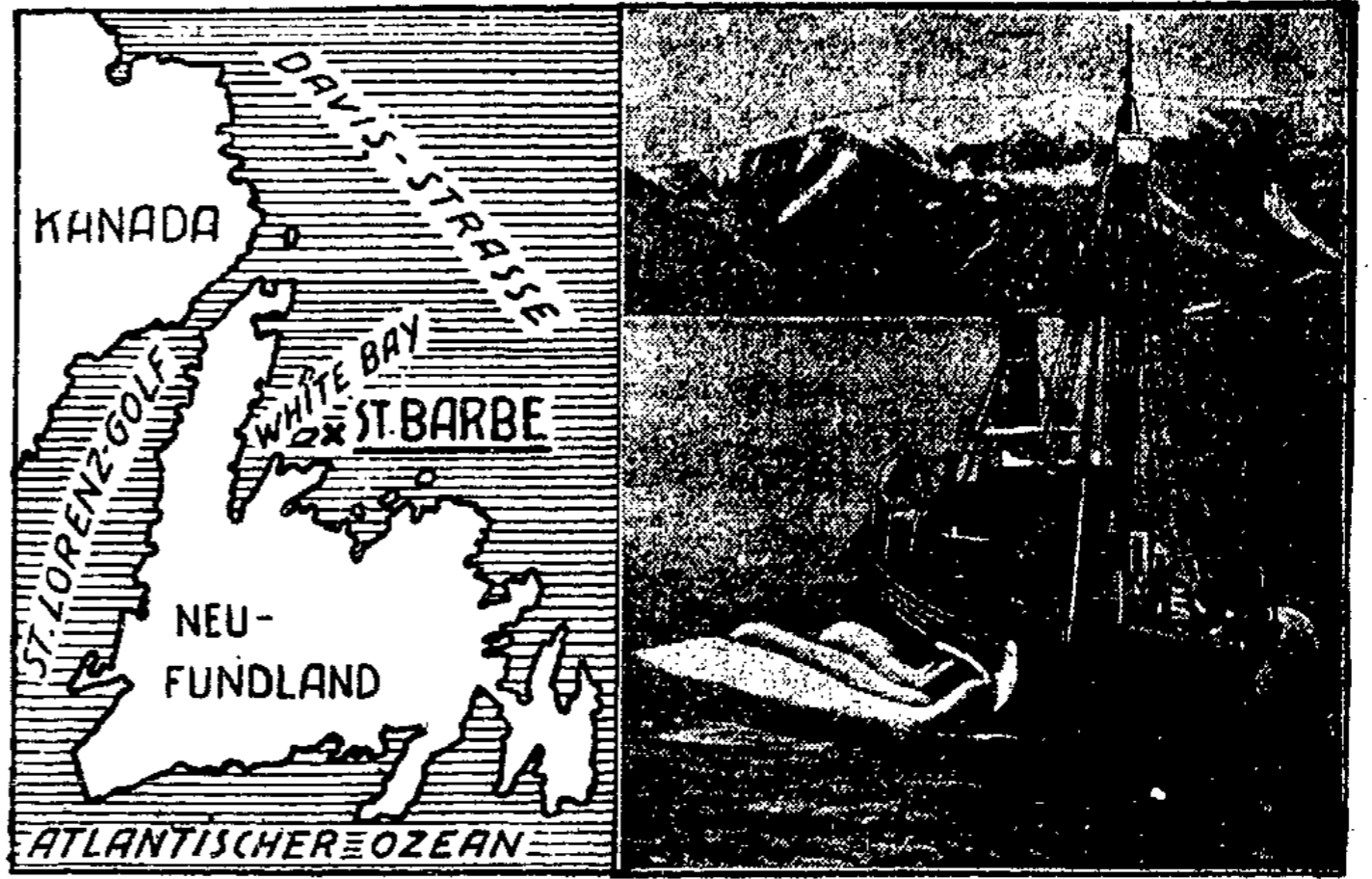
Tegner: Das weiß ich nicht. Ich habe den Verunglückten mit meinem Mantel zugebedt und habe ihn zu mir ins Auto gebracht. Unterwegs auf der Chaussee nach Nürnberg kam mir der Gedanke, den Wagen mit der Leiche zu verbrennen.

Später hat er dann tatsächlich das Auto und die Leiche mit Benzin übergossen, so daß beides verbrannte und den Wanderburschen bis zur Unkenntlichkeit verbrannte. Seine Frau hat dann die Leiche nach Leipzig geholt und als ihren Mann beerdigen lassen.

Der Verhandlung dauert fort.

Schiffskatastrophe im Eismeer

Unser Bild zeigt — links — den Robbenfänger „Viking“, der, wie unten berichtet, einer Dynamitexplosion zum Opfer fiel. Rechts die Karte von der Ostküste Neufundlands.



Eine ganze Filmexpedition vernichtet

Furchtbare Dampferexplosion im Eismeer

50 Personen verbrannt und ertrunken — Zahlreiche Ueberlebende schwer verletzt

Newport, 17. März. An der nordöstlichen Küste von Neufundland, in der Nähe der Insel Horze ist auf dem Robbenfänger „Viking“, der eine rund 150-köpfige Filmexpedition an Bord hatte, eine furchtbare Dynamitexplosion erfolgt. Dabei fanden 50 Personen den Tod.

Die Expedition war gerade im Begriff, eine Filmaufnahme über den Seehundfang zu machen. Dabei strotzte der Robbendampfer im Padeis fest. Um das Schiff wieder frei zu bekommen, wurden die Eismassen mittels Dynamit gesprengt. Hierbei muß durch Unvorsichtigkeit das an Bord befindliche Dynamitlager zur Explosion gebracht worden sein.

Hundert Mann der Bordbesatzung konnten sich nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten zum Teil schwer verletzt retten. Die anderen, 50 an der Zahl, wurden bei der Explosion getötet oder kamen in den Flammen um. Die Ueberlebenden, nur notdürftig bekleidet, versuchten über Packeis und treibende Schollen das Ufer zu erreichen. Dabei kamen nochmals mehrere Personen, die ins Wasser stürzten, ums Leben. Nicht genug mit dem Erlebten wurden auch noch zwei Hilfschiffe zur Zeit unterwegs, um diese Ueberlebenden, die sich auf Eisschollen gerettet hatten, vom Ufer abgebrängt und treiben augenblicklich noch auf offener See. Zwei Hilfschiffe sind zur Zeit unterwegs, um diese Ueberlebenden zu bergen.

ihren alles vernichtenden Marsch in das Tal fort. Im Dorf Chatelard wurden sämtliche Häuser zerstört. Die Bevölkerung hatte sich vorher in Sicherheit gebracht.

Kadavergehoriam . . .

Ein Musterjoldat, so ganz im Sinne der weißen Kapitalisten, ist der arme bedauernswerte Sengalnegger, der vor einigen Tagen in der französischen Garnison von Hochefort in einer grimmig-falten Nacht auf Wache so lange still stand, bis ihm buchstäblich die Füße erfroren.

Dieses gedrückte Werkzeug des Kapitalismus hatte den Befehl erhalten, als Wachtposten eine Munitionsbaracke vor dem „Inneren Feind“ zu beschützen. Trotz der gerade herrschenden grimmigen Kälte stand er drei Stunden lang wie versteinert auf dem Posten. Dabei erfroren ihm natürlich die Beine. Doch aus Angst vor seinen Vorgesetzten verheimlichte er sein Leiden. Und erst 14 Tage später stellte man bei einer ärztlichen Untersuchung fest, daß ihm beide Beine sofort operiert werden mußten.

Auto in den Fluß gestürzt

Auf der Poche-Brücke bei Apolda hat sich in der Nacht zum Sonntag ein schweres Auto Unglück ereignet. Dort geriet das Auto eines Kaufmanns aus Raumburg beim Passieren der Brücke infolge eines Reifenschadens ins Schleudern. Der Wagen durchbrach das hölzerne Brückengeländer und stürzte in die Elm. Der Kaufmann konnte nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Treibende Mine in der Nordsee

Der schwedische Dampfer „Wisby“ entdeckte am Montag unweit der Insel Gotland eine große treibende Mine. Den schwedischen Meldungen zufolge soll es sich um eine Unterseebootmine aus dem Kriege handeln, die sich jetzt erst losgerissen hat. Mehrere Kriegsschiffe haben die Suche nach der Mine aufgenommen.

Mord und Selbstmord eines Ruinierten

Ein Gastwirt aus Gleimitz, der vor dem Bankrott stand, erschloß in seiner Verzweiflung zunächst seinen lebensfähigen Sohn und vergiftete sich dann selbst.

Schweres Zirkusunglück in Reims

Paris, 17. März. Ein schweres Zirkusunglück ereignete sich am Sonntag in Reims. Dort riß aus noch nicht bekannten Gründen ein Drahtseil, an dem das Trapez befestigt war, so daß die in fünf Meter Höhe arbeitenden Artisten kopfüber in die Manege stürzten.

Zwei deutsche Artisten, Fräulein Briz und Fräulein Lindner, erlitten Rippenbrüche und andere innere Verletzungen. Ihre zwei männlichen Partner kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der Zustand der beiden Artistinnen, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, ist lebensgefährlich.

Kein Stillstand des wandernden Berges

Die unheimliche Erdbebenkatastrophe in den Savoyer Alpen hält immer noch an. Die ungeheuren Erdmassen, die etwa 30 Millionen Mächtigkeit umfassen, setzen



Die Märzgefallenfeier der Roten Hilfe heute im „Lunapark“ eine Trauerkundgebung für Genossen Henning, ein Gelöbnis zum Kampf gegen den Mordfaschismus!

Antreten der Stadtteile 18 Uhr. Nord: Weissenburger Platz; Ost: Königgräzer Straße; Scheinzig: Hirsch-, Ecke Rockstraße; West: Striegauer Platz; Zentrum: Wallstraße, Ecke Königsplatz; Süd: Teichacker. Um 18.30 Uhr Abmarsch nach dem Lunapark.

Standal um den Wendler-Bund

Gibt es da in Breslau einen Tuberkulose-Bund, nach dem Namen des Vorsitzenden Wendler-Bund genannt. Dieser Bund ist Anhänger des sogenannten Friedemannschen Verfahrens, das in der Einspritzung eines von Professor Friedemann hergestellten Heilserums besteht.

Alle bisherigen Bemühungen der Mitglieder, auf Grund des gegen Wendler eingeleiteten Verfahrens durchzugreifen und schließlich einen neuen Vorstand zu wählen, sind gescheitert.

Wir können kein definitives Urteil über den Wert des Friedemannschen Verfahrens fällen. Der Fall Wendler hat mit dem Wert des Verfahrens auch nichts zu tun.

Herr Gerbracht als „Arbeitgeber“

A. R. Gibt es da auf der Neuen Taschenstraße 15 einen Friseurmeister Gerbracht. Dieser glaubt, die Löhne seiner Gesellen willkürlich festlegen zu können.

Herr Kahler war bei mir als Herrenfriseur tätig... Er war während dieser Zeit fleißig, ordentlich und fleißig wie in seinem Beruf tüchtig.

Dem vom Arbeitsamt gefandenen arbeitslosen Gesellen hat Gerbracht ebenfalls nur 20,90 Mark an, obwohl der Tariflohn 35,40 Mark beträgt.

Er hat für die Arbeitersportler nichts übrig

Nämlich der Gastwirt Reßiger, der Vater des bekannten Rennfahrers Reßiger am Trebnitzer Platz. Als ein Genosse der roten Sportler ihm einen Baustein zum Kauf angeboten hatte, machte er obenstehende Bemerkung, die die Arbeiterschaft nicht ohne Antwort lassen darf.

Marxistische Arbeiterschule

Heute, 20 Uhr, im Lokal Mosler, Wierstraße 20, Zienographekursus. Die Reibeträge der Gebühren sind am heutigen Abend nach Möglichkeit zu zahlen.

Landesleitungssitzung der roten Sportler heute Mittwoch 19 Uhr im neuen Lunapark vor der Märzgefallenfeier.

Sonderpreis für Gas. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Festsetzung eines Sondergaspreises für die Warmwasserbereitung beschlossen.

Briefe

Alle SPD-Kollegen eingeladen

Am Freitag um 15 Uhr findet im Gasthaus Rauert eine öffentliche Diskussion der Zelle II der SPD statt.

„Wir sind die besseren Patrioten“

„Unsere Wirtschaft! Unsere Industrie!“ — „Schufo“ und „Schupo“ ergänzen sich. Das Reichsbanner ist für die deutsche Industrie da!

Gestern Abend sprach Evering im Zirkus Busch. Die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannermitglieder, die in der Hoffnung gekommen waren, vom Minister Evering eine Darlegung der politischen Verhältnisse zu erhalten...

Bunächst äußerte er sich über die Aufgaben des Reichsbanners. Es soll den schwarzrotgoldenen Farben der kapitalistischen Republik Achtung im Ausland verschaffen...

Die „Schufo“ des Reichsbanners ist die dem Staate liebste Wehrorganisation, aber sie habe nichts mit der Schupo zu tun, erklärte Evering weiter.

Als er auf die Verdienste der Preußenregierung für die deutsche Industrie zu sprechen kommt, ertönen neue Zwischenrufe.

Dann kommt er auf die „politische Verrohung“ zu sprechen, auf die „unankündigen Kampfmethoden“.

Nicht predigen wir Haß den Reichsnar gleiches Recht für jedermann!

Und die anderen singen vom Köpferstein! Dieses lächerliche Gesammeln auf die heillosen Morde der Nazibanden...

Unter Kontrolle der Massen!

Märzfeier mit Tanzvergügen

Welt. Wir sind im März. In der ganzen Welt rüstet das Proletariat, die diesjährigen Märzgedenken besonders revolutionär zu gestalten.

Was geben die Genossen zur Rede gestellt, als „Entschuldigung“ für diesen Fehler an? Sie lagen, dadurch hätten sie einen guten Besuch sichern wollen.

Wenn wir das hier öffentlich anprangern, so geschieht das nicht bloß deshalb, um den dafür Verantwortlichen möglichst eindeutig ihren Fehler zum Bewußtsein zu bringen...

Oels Wieder ein Klassenurteil

Vor dem Großen Schöffengericht in Oels haben sich am Montag (16. März) eine ganze Anzahl Reichsbanner- und SPD-Kollegen sowie vier unserer Genossen wegen „gemeinsamer Körperverletzung und Bedrohung“ zu verantworten.

Das Urteil lautete gegen Mayer auf zwei Monate, gegen Holzapf auf drei Monate und gegen Kaczmarek auf zwei Monate Gefängnis.

Briefkasten

Neu-Gebhardsdorf. W. Das Gesuch kann an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ (ohne Beifügung von Zeugnissen) gerichtet werden.

einer Bekämpfung dieser organisierten Arbeitermörder! Totur bereitet sich Evering in längerer Rede darüber, wer patriotische und nationaler sei: die Nazis oder die Sozialdemokratie...

Als er die Sozialpolitik streift und feierlich verspricht, SPD würde dafür sorgen, daß an ihr nicht gerüttelt werde, was angeht das Wort „Panzerkreuzer“ zu...

„Wir Sozialdemokraten sind die besseren Patrioten!“ Als er dann von der „etwas vorlauten Agitation“ der Nazis spricht, rufen ihm die eigenen Parteigenossen „Arbeitervertreter“ und „Zumpenhunde“ zu...

Zum Schluß forderte Evering: Ruhlos Arbeit! Nicht die Nerven verlieren. Es kommt noch ein paar schwere Monate und dann wird alles gut.

„Bis hierher und nicht weiter“, das sagt ein Mann zu jenen, der in trauriger Gemeinlichkeit mit den anderen reformistischen Führern und den Unternehmern der Partei über viele Millionen Tentele gebracht...

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau: Waldenburger Vorstand, Niederschlesien: Wilhelm Biewald, Breslau.

ALBICH Täglich 2.15 Sonntag 1.60 und 8.15 NONI

Wenn ich nicht zu Hause war war ich stets im ALKAZAR

Genossen kauft nur bei unseren Inserenten!

Biancotelethaus Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21

Deutscher Bauergewerksbund Baugewerkschaft Waldenburg Donnerstag, den 19. März abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung

Fleischerei u. Wurstgeschäft Karl Hayn, Liegnitz Breslauer Straße 39

Charlie Chaplin im Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17 Donnerstag und Freitag, um 5 und 8 Uhr Lohntag / Auf dem Lande / Vergnügte Stunden

„Waffen gegen sich selbst...“

Das Weltkapital muß seinem Todfeind helfen beim Aufbau des Sozialismus

Wie die Wirtschaftsblätter melden, beabsichtigt die Sowjetregierung, in Deutschland 500 Lokomotiven und 10 000 Waggon für den sozialistischen Aufbau zu bestellen. Verhandlungen darüber finden heute statt.

In diesem Zusammenhang meldet die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß das bisher erdeterre Sicherungsprogramm von 300 bis 500 Millionen Mark nur „die unterste Grenze“ dessen darstellt, was die Sowjetunion an Aufträgen an Deutschland vergeben kann.

Der Sozialdemokrat E. Wederle schreibt in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 13. März über die Millionenaufträge der Sowjetunion an Deutschland:

„Bestellungen im Ausmaß von schätzungsweise 300 Millionen Mark sind natürlich keine Bagatelle. Sie sind es um so weniger in einer Zeit, da der Weltmarkt der fast völligen Verödung anheimgefallen ist und an den an Schönheit und Wucht miteinander wetteifernden Produktionsanlagen, die gerade noch in den allerletzten Jahren hieberhaft und mit entsprechenden Kapitalaufwendungen erweitert worden waren, der Rest zu streifen beginnt. Eben dieser Umstand läßt auch gern darüber hinweggehen, daß der Bolschewismus der Auftraggeber ist und daß somit indirekt der Kapitalismus die Hand dazu bietet, seinem erklärten Feinde selbst die Waffen zu seiner eigenen Erstickung zu liefern.“

„Aber das ist es eben; der Kapitalismus befindet sich heute in einer Lage, die ihn zwingt, auch diese Gefahr in Kauf zu nehmen und somit zu verwirklichen, was Lenin einmal prophetisch vorausgesagt hat:

„Unser Feind, das internationale Kapital muß helfen, unseren Staat aufzubauen und unsere Waffen gegen sich selbst zu schießen.“

Was der Antibolschewist Wederle hier unbewußt zugibt, wir unterstreichen es: Sowohl die Sowjetunion, das Land des sieghaften Sozialismus, ist heute bereits allen anderen Staaten der Welt weit überlegen. Die Sowjetunion kann ihre Feinde zwingen, am sozialistischen Aufbau mitzuhelfen, der bankrotte Kapitalismus liefert selbst die Waffen, mit denen er endgültig geschlagen wird.

Wir wollen diesem Zitat aus der „Chemnitzer Volksstimme“ gegenüberstellen, was der Panzerkreuzer-„Vorwärts“ in der Sonntagsausgabe in seinem blindwütigen Haß gegen den ersten Arbeiterstaat schreibt:

„Die ruinöse Wirtschaft des Sowjetismus hat Rußland aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet. Dies ist eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Das Sowjetismus beseitigt also nicht die Arbeitslosigkeit, wie man den deutschen Arbeitern eingeredet versucht, sondern hat sie zum Teil mit verursacht.“

Das ist eine Stellungnahme der jeder Kapitalist begeistert zustimmt. Der Schreiber kann sich bestimmt beim „Torgprom“, der Organisation ehemaliger russischer Kapitalisten, ein Sonder-

Die „Kölnische Zeitung“ gibt zu:

Sowjetpolitik gleich Friede

In einem Kommentar zum Referat des Genossen Molotow auf dem VI. Allrussischen Rätekongreß schrieb die „Kölnische Zeitung“, das Blatt der deutschen Schwerindustrie, am 12. März:

„Mit Recht konnte Molotow aus diesem Querschnitt der Internationalen Politik das Fazit ziehen, daß die Grundtendenz der Räteußenpolitik die Festigung des Weltfriedens sei und daß es nicht zu leugnen sei, daß der Rätebund auch objektiv in dieser Richtung bei Erfolge verzeichnen können.“

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Albert Schulz Verlag, Berlin.

HANNCHEN LEHMANN

„Sie spielt ja noch mit Puppen und glaubt noch an den Klapperstorch“

Dr. Magnus Hirschfeld berichtete vor ein paar Jahren über einen besonders trassen Fall, an dem man so recht klar erkennen kann, wie unfähig der 218 wird, wenn er verbietet, bei Kindern, die schwanger geworden sind, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Es erhielt da eines Tages die Witwe Lehmann die Aufforderung, den Rektor der Schule, in die ihr zehnjähriges Mädchen ging, aufzusuchen. So etwas ist nie angenehm, trotzdem ging die Mutter ruhig hin, denn Hannchen war ein so braves, liebes Kind, daß die Mutter sich gar nicht denken konnte, sie hätte was ausgefallen. Hannchen war dürrig entwickelt, wie viele Arbeiterkinder. Sie spielte noch mit Puppen und war ein völlig normales Kind.

Sie war aufgewachsen, recht und schlecht, wie solche Proletarinder eben groß werden, bei denen die Mutter nicht viel Zeit hat, sich um die Erziehung zu kümmern. Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiterfrauen bei uns arbeiten müssen. Dazu kommt dann noch, daß die Führung des Haushalts viel Zeit erfordert.

So war der Mutter eins völlig entgangen, nämlich, daß Hannchen schwanger war. Wenn ich nicht diesem Kapitel nachausgeschickt hätte, daß ein so bekannter Forscher wie Professor Magnus Hirschfeld über diesen traurigen Fall berichtete und nach dazu in der Öffentlichkeit, so würde sicher der eine oder andere geneigt sein, mir einfach nicht zu glauben und zu sagen: „So etwas gibt es doch nicht! Es mag wohl bei Indern vorkommen, daß Kinder in diesem Alter heiraten, aber das bedeutet dann doch nur eine Formalität, und es ist ja auch bekannt, daß diese fälschlichen Fälle sich solcher entwickeln und viel früher reif werden als die natürlichen.“

Nun, es ist jedenfalls an der Tatsache nicht zu zweifeln, daß das kleine Hannchen, eine zehnjährige Berliner, schwanger

honorar abholen. Für diese war die Enteignung der Fabriken durch die russischen Arbeiter allerdings durchaus „ruinös“. Und aus der „Weltwirtschaft ausgeschaltet“ hat die eiserne Faust der proletarischen Diktatur die Sowjetunion auch, nämlich aus dem Sumpf der kapitalistischen Weltbankrottwirtschaft. Ein paritätisches Rußland wäre heute ein Spielball in den Händen der imperialistischen Mächte. Schlimmer als in jedem anderen Lande, toller noch als im Youngdeutschland würde die Krise in einem abhängigen, in Schulden verstrickten Rußland wüten.

Aus diesem Ring der bankrotten Weltwirtschaft ist die Sowjetunion herausgesprungen. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit machen an der Grenze des Sowjetlandes halt, wie die Gelege

173 Kommunisten hingerichtet

Die gesamte Kantonner Garnison von revolutionärem Geist erfüllt — Fluch Tschangkaifschek!

Schanghai, 17. März. Die chinesische Zentralregierung Tschangkaifschek teilt mit, daß in Kanton eine weitverzweigte revolutionäre Bewegung in der Garnison ausgebrochen sei. 200 Offiziere wurden verhaftet. 78 Offiziere und Soldaten wurden bereits am Montag hingerichtet. Weitere 100 Revolutionäre sollen Dienstag vormittag standrechtlich erschossen werden.

Die aufgedeckte revolutionäre Organisation erfaßte

mehr als 400 Soldaten der Garnison, die kommunistische Propaganda mit dem Ziel des Sturzes der Militärherrschaft Tschangkaifschek und des Anschlusses an die süchinesischen Sowjetgebiete getrieben haben sollten.

Als die chinesischen Arbeiter von den Massenhingerichtungen erfuhren, strömten sie zu großen Protestkundgebungen zusammen, die die Polizei nicht zu verhindern vermochte. „Fluch Tschangkaifschek! — Hoch die illegale K.P. und Sowjetchina“ waren ihre Kampfrufe.

Die indischen Arbeiter gegen den Verräter Gandhi

Das rote Banner steigt über die Kongressfahne — Gandhis Rede im Bombayer Spinnereibezirk von empörten Arbeitern unterbrochen

Bombay, 17. März. Am Montagabend hatte der indische Nationalkongress eine Massenversammlung im Spinnereibezirk von Bombay einberufen, in der Gandhi über sein verräterisches Abkommen mit dem englischen Imperialismus sprechen sollte.

Schon bei Beginn der Versammlung zeigte sich, daß die Mehrheit der indischen Textilarbeiter gegen die Verräterei Gandhis Front macht. Mitglieder des revolutionären „Bund des roten Jahres“ hielten unter dem Jubel der Anwesenden das rote Banner des Klassenkampfes und verhinderten das Anbringen der Fahne des Nationalkongresses. Dauernd wurden Rufe: „Nieder mit dem Kongress! Nieder mit Gandhi!“ ausgebracht.

Gandhis Rede wurde dauernd durch Zwischenrufe und Mißfallenskundgebungen unterbrochen, ein bisher in Indien noch nicht dagewesener Vorgang.

Drohende Ausperrung in England

II. London, 17. März. Nach zehntägigen Verhandlungen sind die Lohnverhandlungen in der keramischen Industrie ergeb-

nislos abgebrochen worden. Die Wahrscheinlichkeit, daß 75 000 Arbeiter ausgesperrt werden, hat sich damit wesentlich erhöht.

Rumänien verbietet das Umladen von Sowjetöl

Bukarest, 17. März. Die rumänische Regierung hat die Verladung und das Umladen sowjetrussischen Erdöls in ihren Häfen verboten.

Das Außenkommissariat der Sowjetregierung hat gegen das seitens der rumänischen Regierung erfolgte Verbot der Umladung von Sowjet-Erdöl im Hafen von Sulina, wodurch die bestehenden internationalen Verträge über den Warentransport auf der Donaustraße gröblich verletzt werden, bei den der europäischen Donauf Kommission angehörenden Regierungen entschieden Einspruch eingelegt.

Br. Rom, 17. März. Die Zahl der Arbeitslosen in Italien ist im Monat Februar von 729 812 auf 765 325 gestiegen, von denen nur 200 000 Unterstützung erhalten.

war. Beim Turnunterricht war es dem Lehrer aufgefallen. Das Kind war plötzlich ohne sonstige sichtbare Ursache in Ohnmacht gefallen. Der Rektor, ein sehr humaner, verständiger Mann, hatte den Schularzt bei der Untersuchung zugezogen. Die beiden Herren redeten nun zuerst freundlich mit der Mutter. Sie konnten nicht etwa auf die Frau los. Sie wußten, daß gerade sie schon genug Kummer getragen hatte. Hannchen stammte aus erster Ehe. Der zweite Mann war ein Säuer gewesen, und man mußte es noch als ein Glück betrachten, daß er kurz zuvor gestorben war.

Er war der Verbrecher gewesen, der Hannchen, dieses vollkommen unwillkürliche Kind, mißbraucht und geschwängert hatte. Hannchen war ganz unwillkürlich, sie spielte ja noch mit Puppen. Sie glaubte noch daran, daß der Klapperstorch die Kinder brächte.

Der Ungehob hatte sie erst mit Drohungen gefügig gemacht und ihr dann als Belohnung eine Tafel Schokolade geschenkt. Das war ein sonst unerreichbarer Luxus für Hannchen, sie hatte noch nie Schokolade bekommen.

Die Mutter wollte den Herren zuerst nicht glauben: das kann ja nicht sein, Hannchen ist ja noch ein Kind, das mit Puppen spielt und fest an den Klapperstorch glaubt. Und die sollte — — — Aber das ist ja ganz ausgeschlossen, Herr Rektor!

Als man dann Mutter und Tochter — Hannchen war aus dem Klassenunterricht geholt worden — einander gegenüberstellte, drohte die Szene sehr dramatisch zu werden. Schon als Hannchen gebracht wurde, wollte sich die Mutter auf das Kind stürzen und handgreiflich werden. Hannchen sah aber ganz verhalten drein. Sie hatte von nichts eine Ahnung. Sie war ja noch ein völlig normales Kind. Sie war daher auch ganz verständnislos, als die Mutter ihr die bittersten Vorwürfe machte. Der erste Vorwurf deshalb half die Worte auf den Lippen, denn sie erkannte schnell: dies Kind ist tatsächlich noch ganz unwillkürlich. Es weiß von nichts. Man kann ihm keine Vorwürfe machen. Es war eben ein Opfer der Verhältnisse geworden, die die Arbeiterkinder unbeschützt lassen, weil die Mutter eben keine Zeit für sie hat, da sie ja ums tägliche Brot arbeiten muß.

Ich glaube, sogar den eingeleitetsten Verächtern der Lehre von der Berechtigung des § 218 hätte hier doch ein Grauen gepackt. Ein Grauen davon, daß man nur zehnjährige, dürrig entwickelte, dürftige Geschöpfe Mutter werden zu lassen, denn ein Eingriff war gefälligst verboten.

Ein kleines, zartes Kind, das noch gewohnt war, mit Puppen zu spielen, das noch ganz unwillkürlich war, mußte austragen! Es

ist wirklich eine Tatsache und keine Mär aus dem Mittelalter, daß unser Staat Leute ins Zuchthaus oder Gefängnis schicken würde, die in solchen Fällen operativ eingreifen und helfen würden. Es vergeht daher kein Jahr, in dem nicht in jeder größeren Entbindungsanstalt ein bis zwei solcher Kinder entbunden würden. Zehnjährige sind freilich sehr selten darunter, aber zwölf- und dreizehnjährige öfter. Das mag noch erträglich erscheinen, wenn es sich um solche strammen, frühreifen jungen weiblichen Kinder handelt, die mit 13 Jahren oft schon wie 16 aussehen. Hannchen war dies aber bestimmt nicht, sondern ein wirkliches Kind, eine kleine, weiche Großstadtpflanze.

Die Ärzte in den Gebärten haben da oft eine schwierige Aufgabe zu lösen. Das weibliche Becken ist zwar um so elastischer, je jünger die Frau ist. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Beckenknochen verknöchern erst später. Es ist daher eine Tatsache: je jünger die Mutter ist, desto leichter die Geburt. Das konnte aber bei Hannchen nichts helfen! Die Differenz war zu groß! Denn die Frucht war von einem ausgewachsenen älteren Mann gezeugt und dementsprechend groß, und Hannchen war zehn Jahre alt.

Trotzdem scheint bei Hannchen die Geburt ohne künstliche Hilfe gegangen zu sein. Da kommt es aber vor, daß solche Kinder operativ entbunden werden müssen mit der Zange, sogar mit Kafferschmitt. Sie müssen also die Todesgefahr der Operation noch mit in Kauf nehmen, weil es das Geleg so will. Ist das nicht schrecklich?

Wir regen uns künstlich auf, wenn wir im Panoptikum, in der Folterkammer oder in Nürnberg uns jene furchtbaren Marterwerkzeuge des finsternen Mittelalters ansehen. Nun, zur Erregung haben wir keinen Grund. Ein Volk, dessen Strafgesetze so veraltet sind, daß sie auch heute noch, im „Zeitalter des Kindes“, es dulden, ja erzwingen, daß zehn-, zwölf- und dreizehnjährige Kinder Mütter werden, manchmal sogar unter Lebensgefahr, das soll sich bloß nicht über das rohe Mittelalter ereignen. Im Gegenteil, damals war man noch unangekollert und unwillkürlich, heute dagegen bildet man sich auf die Humanität, auf die Ungeklärtheit allerhand ein. Darum sollten wir uns doppelt schämen!

Nun, Hannchen bekam ihr Kind. Das Puppenspielen war dann freilich zu Ende, und die Geburt war sicher schmerzhaft und bedeutete ein ungeheures dramatisches Erleben für die Kleine. Aber das eigentliche Martyrium begann erst nach der Entbindung. (Fortsetzung folgt.)

Waldenburger Bergland

Wie auf kaltem Weg die Selbstverwaltung abgebaut wird

28 Tagesordnungspunkte sollen im Eiltempo erledigt werden

Nieder-Salzdamm. Seit längerer Zeit hatte es der Gemeindevorstand wieder mal für notwendig erachtet, eine Sitzung einzuberufen, die dann den Auftrag hatte, 28 Punkte im Eiltempo zu erledigen. Genosse Bartisch erhob daher schon vor Eintritt in die Tagesordnung scharfen Protest gegen diese Sabotage der Selbstverwaltung, denn anders kann das nicht genannt werden. Das zeigte sich auch im Verlaufe der Sitzung. Der Vorsitzende sprach, und die Gemeindevorstandmitglieder Amen und Schluß damit. Genosse Bartisch sollte einfach mundtot gemacht werden, indem man seine Anfragen gar nicht beantwortete. Wie die Gelder der Gemeinde verwendet werden, darüber gab diese Sitzung auch wieder ausschlußreiche Belehrung.

Zunächst wurde in der Sitzung einiges zur Kenntnis genommen, worunter sich auch Dinge befanden, die für die Arbeiterschaft von Interesse sind. So erfährt man, daß das Arbeitsamt es abgelehnt habe, die Kontrolle der Erwerbslosen im Orte vorzunehmen, bei schlechter Witterung soll „weltgehendes Entgegenkommen“ gezeigt werden. Wie das aussieht, kennt man.

Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß die alten Alten der Erwerbslosen für eine alte Schreibmaschine im Werte von fünf Mark von einem sozialdemokratischen Erwerbslosen aufgearbeitet wurden. Als dies von unserem Vertreter mit Recht als Lohnrückerei bezeichnet wurde, hieß es auf einmal, es würden 33 Mark, also Tariflohn, gezahlt. Den Widerspruch aufzuklären, hielt man nicht für nötig.

Der Bau eines Jugendheims ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Mit den Stimmen der SPD wurde die von der SPD verlangte Aufhebung der Pflichtarbeit abgelehnt. Die Erwerbslosen werden hoffentlich nicht veräumen, den Bescheidern bei der SPD die Antwort darauf zu erteilen. Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist noch folgendes zu erwähnen:

Zur angeblichen Lösung der Wohnungsnot soll im Frühjahr eine Reihe Reichswohnungen gebaut werden. Die Wohnungsnot unter den Proleten wird dadurch nicht geringer werden, da dieselben die hohen Mieten in diesen Wohnungen nicht bezahlen können. Im Zusammenhang damit stand die Zustimmung der SPD zu Mietverträgen für zwei Achtfamilienhäuser, die für die Arbeiter untragbar sind. Interessant war hierbei, die Gesichter der anwesenden SPD-Arbeiter zu beobachten, die sehen mußten, daß nur die Kommunisten dagegen Stellung nahmen und diese Verträge ablehnten.

Bei der Entgegennahme von Klassenprüfungsberichten stellte sich heraus, daß bei der Ausgabe von Geldern oft sehr „großzügig“ verfahren wird und auch Ausgaben ohne Genehmigung durch den Gemeindevorstand gemacht wurden. Bei diesem Punkte wurde auch bekannt, daß z. B. für die Renovierung eines Amtszimmers 800 Mark ausgegeben worden sind, obwohl ein Bauarbeiter am Ort ist. Die SPD hatte schon vor einiger Zeit den Abbau dieses überflüssigen Postens beantragt, jetzt mußten selbst die Bürgerlichen zugeben, daß diese Forderung berechtigt war.

Dann wurde ein Antrag genehmigt, die Erhöhung des staatlichen Zuschusses für die Notleidenden in der Gemeinde zu fordern. Der Vorsitzende gab bekannt, daß ein Erfolg hier nur zu erwarten sei, wenn die Biersteuer erhöht würde. Die SPD war natürlich dafür. Außer dem Gastwirt Klamm stimmte nur die SPD gegen diese neue Massenbelastung. Genehmigt wurden die Erstattung von Kosten für einen heizbaren Raum für die Erwerbslosen und eine Beihilfe für den Arbeiterport- und Turnverein.

Ein kommunistischer Antrag auf eine Beihilfe für die jetzt in die Schule eintretenden Kinder ebenso für die zur Entlassung kommenden wurde abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der SPD, weil eine solche Beihilfe angeblich „ungefährlich“ sei. Nachdem noch 31 Anträge auf Niederlegung der Regierender genehmigt waren, wurde am Schluß noch die Bewilligung von Vertretungsstellen für einen Lehrer gegen die SPD abgelehnt. Daß darunter die Schüler leiden müssen, danach fragen weder die bürgerlichen noch die SPD-Vertreter.

Schweidnitz

Achtung, Landorte und Stützpunkte!

Die Vorkonferenz der Roten Landarbeiter für den Kreis Schweidnitz findet am Sonntag, dem 22. März, um 10 Uhr, in Groß-Merzdorf (Kreis Schweidnitz) statt. Außer den gewählten Delegierten haben die Landabente und auch die Gutskate zu erscheinen.

Einen überraschenden Erfolg

brachte die Märzgefallenenfeier der Roten Hilfe in Rosenthal. Hunderte von Landproleten waren herbeigekümmert; der Saal war vollkommen überfüllt. Mit Begeisterung wurden die Darbietungen der „Roten Sender“ ausgenommen, ebenso das Referat des Genossen Berlig, Schwednitz. 31 Mitglieder für die Rote Hilfe und 6 neue Kämpfer für die Partei waren der sichtbare Erfolg. Wieder ein neuer Stützpunkt im Kreise Schweidnitz.

Aus dem Dritten Reich der Nazis

Vor kurzem starb hier ein Mitglied (H. Schwabe) der NSDAP. Obwohl vorher ein a u d e r e s Mitglied mit aller möglichen Parteiprominenz beerdigt wurde, hat es die Ortsgruppenleitung (als auch „Genosse Brückner“ von der Gaulleitung) nicht für notwendig erachtet, irgendeine zum erstgenannten Todesfall Stellung zu nehmen. Und die Ursache für dieses Verhalten? Sch, worin liegt das „Deutsches Freidenker-Verbandes“ und wurde in Schweidnitz eingeleitet. (Hier wird auch die interessante Tatsache bekannt, daß im Piesch-Verband sogar Hakenkreuzler zu finden sind.) Alle Verwandten und Bekannten des Verstorbenen haben aus diesem Beispiel das wahre Gesicht der „Freunde des großen Adolf“ erkannt und sind von ihrer „Hitler-Begeisterung“ gründlich geheilt worden!...

Arbeiter von Schweidnitz! Der Platz eines jeden Klassenbewußten Arbeiters ist nicht in den sogenannten „Arbeiterparteien“ der ganzen oder halben Faschisten, sondern in der SPD. Laßt euch nicht ein-

sparmen von Goldschindern der Kapitalisten. Eure Parole ist: Kampf gegen den Faschismus und seine Handlanger, die Sozialfaschisten aller Schattierungen!

Wissen Sie schon...

daß die Schweidnitzer SPD sich mit Haut und Haaren dem Zentrum zur kommenden Bürgermeistereiwahl verschrieben hat? Man sieht: Immer ran an die Futtertröpfe!

— daß der Bloßgeier in Schweidnitz in einer Woche wieder drei Geschäfte um die Existenz gebracht hat, darunter auch das weitbekannte Möbelhaus Sauer?

— daß in den Schweidnitzer Kronwerken wieder Hunderte von Metallproleten auf die Straße geworfen werden?

Niederschlesien

Leichen-Pietsch im Dienste der Pfaffen!

Proletarischer Freidenker-Verband in Görlitz gegründet

Mit Gemeinheit und Betrug gegen die Arbeiter — für die Pfaffen

Wir berichteten dieser Tage über einen „Sieg“, den der „berühmte“ Leichen-Pietsch in Freiburg errungen hatte. Einen ähnlichen „Sieg“ hat er dieser Tage auch in Görlitz an seine Konfessionskasse heften können. Auch hier war eine oppositionelle Mehrheit im Vorstand des Freidenkerverbandes gewählt worden und die Bestätigung versagt worden. Zur „Korrektur“ dieser Wahl war eine neue Generalversammlung arrangiert, für die die weitgehendsten „strategischen“ Vorbereitungen getroffen waren, um den „Sieg“ noch „gewaltiger“ als in Freiburg zu gestalten. Alles was in Görlitz an Klassen-Kämpfern vorhanden ist, war aufgebieten, sogar Herr Buchholz mußte aus dem Reichstag kommen, um den „Sieg“ sicherzustellen.

Aber trotzdem wollen wir schon von vornherein feststellen, daß Pietsch und seine Freunde an diesem „Sieg“ noch weniger Freude haben werden, als an dem in Freiburg. Gelang es ihnen doch nur durch die Anwendung größter Gemeinheit und schamlosesten Betrugs. Mit vorgeratenen Wahlen wurde die Verfassung der „Bestätigung des oppositionellen Vorstandes“ „begünstigt“. Wie getrugelte Hunde heulten sie auf, als ihnen daraufhin durch unseren Genossen H. die Maske vom Gesicht gerissen wurde. Die Demaskierten wurden gezwungen, durch den Polizeikommissar Schulz zuzugeben, daß sie vor keinem, auch dem schofeltesten Mittel nicht zurückschrecken würden, den „Sieg“ zu erringen. Da dadurch der Betrug und die Schieberei offen zugegeben war, versuchte unser Genosse H. noch einmal dies festzuhalten. Aus Furcht davor trat die „Konfessions-Sturm-Flottille“ in Aktion und verhinderte gewaltsam die nochmalige Wortergreifung unseres Genossen. Dadurch war ganz offensichtlich geworden, daß es dieser Korona nur damit zu tun war, den Freidenkerverein endgültig zu einer verkappten Widerorganisation zu machen, in der natürlich für wirkliche Freidenker, für revolutionäre Kämpfer gegen Pfaffen und Kulturfaschismus kein Platz mehr sein kann. Es erhoben sich daher nach diesem „Sturm“ mehr als 100 Versammlungsteilnehmer, um den Saal zu verlassen. Diese Genossen begaben sich ins kleine Konzerthaus, wo die weiteren Maßnahmen beraten wurden. Das Vorgehen der Pietsch und Konfessionen wurde dort noch einmal besprochen und löste helle Empörung aus. Es werden nun selbstverständlich die Vorbereitungen getroffen werden, um den proletarischen Freidenkerverband ins Leben zu rufen.

Nachdem also die Opposition heraus „gesiegt“ worden war, konnte das Betrugs-Theater zu Ende geführt werden. Aber obwohl nun die Pietsch-Korona bestimmt annahm, jetzt ganz unter sich zu sein, stellte sich bei der vorgenommenen Neuwahl heraus, daß für die Opposition noch immer 40 Stimmen abgegeben wurden, ein untrüglicher Beweis dafür, daß ebenso wie in Freiburg der mit Betrug und Gemeinheit erzielte „Sieg“ sich sehr bald zu einer Niederlage drehen werden wird, die da glauben, jetzt statt Kampf für wirkliche Freiheit den Konfessionsfaschismus ungehemmt unterstützen zu können.

An die revolutionäre Arbeiterschaft aber, auch diejenige, die noch glaubt, im Piesch-Bereich bleiben zu müssen, richten wir den Appell, sich klar darüber zu werden, daß sie mit dem Verbleiben in diesem Bereich sich mitschuldig machen an der verkappten Widerpolitik, die von Pietsch u. Co. betrieben wird. Wenn sie der Auffassung sind, daß Kirche und Pfaffen die schlimmsten Feinde der freidenkernden Arbeiterschaft sind, dann dürfen sie nicht länger in einem Verein bleiben, der an einen ernsthaften Kampf gegen jene Feinde schon deshalb nicht denken kann, weil er aufs engste verbunden ist mit der SPD, d. h. mit der Partei Brünings, dem Todfeind aller Freidenker.

Görlitz

Errichtung von Barrikaden!

bei der Vertreibung von Paris!

Dies wird im Theaterstück in drei Akten, das von der Roter Hilfe am Freitag, dem 20. März, 20 Uhr im Konzerthaus aufgeführt wird. Hast du dir schon einen Platz gesichert? Eintritt einschließlich Steuer für Volkarbeiter 50 Pfennig, für Erwerbslose 30 Pfennig. — Rote Hilfe, Ortsgruppe Görlitz.

Liegnitz

Gummiknüppel statt Brot

Das Wohlfahrtsamt, dessen Praktiken anzuprangern wir schon wiederholt Gelegenheit hatten, hat sich wieder mal etwas geleistet, das verdient, der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Ein junger Wohlfahrtsempfänger hatte seine Pflichtarbeit verrichtet, und verlangte die ihm zuzuführende Brotmarke. Sie wurde ihm verweigert. Als er eine große Rufe schrie, erschien ein Polizeibeamter und brachte ihn auf die Straße. Mit Hohnsachen wurde dieser Bergang von den

— daß der Gastwirt des „Schreibendorfer Resthofes“ seinen Saal den revolutionären Organisationen hinstellt und dadurch auch auf das Geld der Arbeiterschaft keinen Wert legt?

— daß am 20. März (Freitag) eine große Erwerbslosen-Versammlung um 16 Uhr stattfindet, und zwar in der „Stadt-Verein“, wo auch der Bericht vom Kampflongrenge gegeben wird?

Freiburg

Ortsausschuß des ADGB. Donnerstag, den 10. März, 10.30 Uhr, im „Grünen Baum“, Ortsausschußsitzung. Alle Delegierten müssen erscheinen.

Warnung vor Bezug von Eischlern

Polen. Das Baugeschäft von Schiller, verbunden mit Sägewerk, beschäftigt auch einige Eischler. Da die Firma sich weigert, Tariflohn zu zahlen, verweigerten sie die Arbeit. Die Firma will nun von ausländischen Leuten heranziehen.

Es versteht sich von selbst, daß kein Erwerbsloser, der etwa von einem Arbeitsamt dahin vermittelt werden sollte, sich dazu hergeben wird, den Lohnrücker abzugeben.

Haynau

Die SPD-Führer taugen nichts

H. P. Dieses nicht gerade schmeichelhafte Geständnis rang sich dieser Tage in einer Erwerbslosenversammlung der bekannte, sich ebenfalls noch Arbeiterführer nennende Denunziant Karl ab. Wir können das verstehen, denn bei den Erwerbslosen ziehen die faulen Mägen über die Kommunisten nicht. Die Erwerbslosen stehen allzu sehr unter den Einwirkungen der verbrecherischen Politik der SPD-Führer, und da bleibt ihnen schließlich nichts anderes übrig, sei es auch nur aus spekulativer Demagogie, diese Führer anzuklagen, um die Erwerbslosen damit von den Kommunisten fernzuhalten. Aber das wird ein vergebliches Bemühen sein. Die SPD-Arbeiter aber sollten aus diesem Erkenntnis die Konsequenzen ziehen und begreifen, daß für sie in der SPD der Platz nicht mehr ist, wenn sie es ehrlich mit dem Sozialismus meinen.

Jauer

Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Tod gegangen

Freiwillich schied aus dem Leben der Getreidehändler B. Wirtschaftliche Schwierigkeiten sollen ihn in den Tod getrieben haben.

Niesku

Wie es in Sowjetrußland aussieht

Über dieses Thema wird unser Genosse und Betriebsrat Paul Walter, der drei Jahre Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in der Sowjetunion zu studieren, am Mittwoch, dem 19. März, in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Die Versammlung findet im „Deutschen Hof“ statt und beginnt um 19.30 Uhr. Der Eintrittspreis für diese Veranstaltung beträgt für Erwerbslose 10 Pfennig und für Volkarbeiter 20 Pfennig.

Grünberg

Generalversammlung der Partei

Grünberg. Am Mittwoch, dem 18. März, 20 Uhr, findet im Gasthaus „Zum goldenen Frieden“ die Generalversammlung der Partei statt. Ein Vertreter des Bezirks ist anwesend.

Hirschberg

Die Durchführung der Vollkanalisation beschlossen

In der letzten Stadtratsbesitzung standen fünf Punkte zur Beratung und Beschlußfassung. Für die Arbeiterschaft hatte nur einer davon Interesse, und das war die endgültige Beschlußfassung zur Aufnahme einer Kasse von 2.200.000 Mark für die Vollkanalisation. Der Magistrat hatte sich schon vor Monaten mit dem Plane beschäftigt, zur Steuerung der riesigen Arbeitslosigkeit die Vollkanalisation durchzuführen. Auch der Bürgerblock hatte seine Zustimmung dazu bereits gegeben.

In dieser Sitzung versuchte der Bürgerblock jedoch den Plan zu sabotieren; er gab bekannt, daß das Projekt nur dann für die Bürgerschaft tragbar sei, wenn dafür von der Dohilke größere Mittel zur Verfügung gestellt würden. Nachdem unser Genosse Ritschke die Sabotageversuche des Bürgerblocks entprechend gekennzeichnet hatte, wurde die Vorlage mit 17 Stimmen gegen 13 Stimmen genehmigt, darunter befand sich auch eine Stimme des Bürgerblocks, während SPD, Nazis und unser Genosse dafür stimmten.

Achtung, Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen!

In dem Terminkalender in der letzten Nummer der „Schmiede“ ist ein Druckfehler vorhanden, und zwar die Landarbeiter- und Kreis- ansmärche finden nicht Sonntag, den 21. März, wie im Terminkalender steht, sondern Sonntag, den 29. März.

Derselbe Druckfehler ist für die Bauarbeiter-Delegiertenkonferenz und für die Konferenzen der werktätigen Jugend vorhanden; auch diese finden am 29. März statt.

Die Bezirksleitung.

Tube 54 Pf. Große Tube 90 Pf.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Die Kommune – die Keimform der Sowjetmacht

„Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune – der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“ (Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“)

Dem Andenken der Kommune Von Wl. J. Lenin

Der folgende Artikel Lenins, der zum 40. Jahrestag der Kommune im Jahre 1911 geschrieben wurde, ist eine, bei aller gedrängten Kürze, umfassende und unvergleichlich tiefe Analyse der Bedingungen und Triebkräfte, des Charakters und der historischen Rolle, der Fehler und Lehren der Pariser Kommune. Diese Analyse beruhte bereits auf den Erfahrungen der Revolution von 1905. In der Oktoberrevolution wurden das Erbe der Kommune und die Lehren Lenins zur weltgeschichtlichen Tat.

Wir drucken den Artikel Lenins, den wir dem soeben erschienenen Sammelbandchen „Lenin über die Kommune“ („Kleine Lenin-Bibliothek“, Band 2, Verlag für Literatur und Politik) entnehmen, mit einigen durch den Mangel an Raum gebotenen Kürzungen ab.

Wie kommt es, daß das Proletariat, nicht nur das französische, sondern das der ganzen Welt, in den Männern der Pariser Kommune seine Vorläufer ehrt? Und worin besteht das Erbe der Kommune?

Die Kommune entstand spontan; niemand hatte sie bewußt und planmäßig vorbereitet. Der verlorene Krieg gegen Deutschland, die Entbehrungen während der Belagerung, die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat und der Ruin des Kleinbürgertums; die Entrüstung der Massen über die oberen Klassen und über die Behörden, die ihre völlige Unfähigkeit erwieisen hatten, das dumpfe Gären in den Reihen der Arbeiterklasse, die mit ihrer Lage unzufrieden war und eine andere soziale Ordnung anstrebte; die reaktionäre Zusammensetzung der Nationalversammlung, die für das Schicksal der Republik fürchten ließ – alles dieses und noch vieles andere trat zusammen und trieb die Pariser Bevölkerung zur Revolution des 18. März, die unerwartet die Macht in die Hände der Nationalgarde, in die Hände der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das sich dieser angeschlossen hatte, legte.

Es war ein in der Geschichte noch nie dagewesenes Ereignis. Bis dahin pflegte die Macht in den Händen der Gutbesitzer und Kapitalisten zu liegen, d. h. in den Händen ihrer Vertrauensleute, die die sogenannte Regierung bildeten. Nach der Revolution des 18. März aber, als die Regierung des Herrn Thiers mit ihren Truppen, ihrer Polizei und ihren Beamten aus Paris geflohen war, blieb das Volk Herr der Lage, und die Macht ging auf das Proletariat über.

In der modernen Gesellschaft kann aber das vom Kapital wirtschaftlich verklärte Proletariat nicht politisch herrschen, ohne die Ketten zerbrochen zu haben, die es an das Kapital fesseln. Aus diesem Grunde mußte die Bewegung der Kommune unvermeidlich eine soziale Forderung erhalten, d. h. mußte dazu übergehen, den Sturz der Bourgeoisie, des Kapitals, die Vernichtung der eigentlichen Grundlagen der modernen Gesellschaftsordnung anzustreben.

Freunde und Feinde

Zunächst war diese Bewegung äußerst bunt und unbestimmt. Ihr schlossen sich die Patrioten an, in der Hoffnung, daß die Kommune den Krieg gegen die Deutschen wieder aufnehmen und ihn zu einem glücklichen Ende führen werde. Sie fand die Unterstützung der Kleinrentner, denen der Ruin drohte, falls die Einstellung der Wechsellöhne und die Bezahlung der Wohnungsmieten nicht gestundet werden sollte (diese Stundung wollte ihnen die Regierung nicht gewähren, die Kommune tat es). Endlich sympathisierten in der ersten Zeit mit der Bewegung auch die bürgerlichen Republikaner, die die Befreiung hegten, daß die reaktionäre Nationalversammlung (die „Internationale“, die ungeschulten Gutbesitzer) die Monarchie wiederherstellen würde. Die Hauptrolle jedoch spielten in dieser Bewegung natürlich die Arbeiter (insbesondere die Pariser Handwerker), unter denen in den letzten Jahren des zweiten Kaiserreiches eine eifrige sozialistische Propaganda betrieben worden war und von denen viele sogar der Internationale angehörten.

Nur die Arbeiter blieben bis zuletzt der Kommune treu. Die bürgerlichen Republikaner und die Kleinrentner trennten sich bald von ihr, die einen wurden abgeworfen durch den revolutionär-sozialistischen, proletarischen Charakter der Bewegung, die anderen zogen sich zurück, als sie sahen, daß die Bewegung zu einer unabwendbaren Niederlage verurteilt war. Nur die französischen Proletarier unterstützten ohne Furcht und rastlos ihre Regierung, nur sie kämpften und starben für sie, d. h. für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse, für eine bessere Zukunft aller Werktätigen.

Zwei Vorbedingungen der Revolution

Zur erfolgreichen sozialen Revolution bedarf es mindestens zweier Vorbedingungen: einer hohen Entwicklungstufe der Produktivkräfte und der Reife des Proletariats. 1871 fehlten jedoch beide Vorbedingungen. Der französische Kapitalismus war noch wenig entwickelt, Frankreich war damals ein vorwiegend kleinstädtisches Land (ein Land der Handwerker, Bauern, Krämer u. a.). Auf der anderen Seite war keine Arbeiterpartei vorhanden, es fehlte die Vorbereitung und die lange Schulung der Arbeiterklasse, die in ihrer Masse sich nicht einmal ganz klar ihre Aufgaben und die Methoden ihrer Verwirklichung vorstellte. Weder war eine ernsthafte politische Organisation des Proletariats, noch waren starke Gewerkschaften und Genossenschaften vorhanden.

War aber der Kommune vor allem fehlte, das war die Zeit, sich auf sich selbst zu verlassen und an die Verwirklichung ihres Programms zu gehen. Raum hatte die Kommune ihre Arbeit begonnen, als die Regierung, die ihren Sitz nach Versailles verlegt hatte und von der gesamten Bourgeoisie unterstützt wurde, die militärischen Operationen gegen Paris eröffnete. So mußte denn die Kommune in erster Linie an die Selbstverteidigung denken. Und bei ihrem Ende, am 21 bis 28. Mai, hatte sie nicht die Zeit, an anderes ernstlich zu denken.

Die „Regierung der Arbeiterklasse“

Im übrigen vermochte die Kommune, trotz der so ungünstigen Umstände, trotz der Kürze ihres Bestehens, einige Maßnahmen

zu treffen, die ihren wahren Sinn und ihre Ziele zur Genüge kennzeichneten. Die Kommune erlebte das stehende Heer, dieses blinde Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen, durch die allgemeine Volksbewaffnung, sie proklamierte die Trennung von Kirche und Staat, sie strich den Etat für Kultuszwecke (d. h. die staatlichen Gehälter der Pfaffen), sie verlieh der Volksbildung einen rein weltlichen Charakter und verlegte hierdurch den Gendarmen im Ornat einen empfindlichen Schlag.

Auf rein sozialem Gebiet vermochte die Kommune nur wenig zu tun; aber auch dieses wenige offenbart mit genügender Klarheit ihren Charakter als Volks-, als Arbeiterregierung: verboten wurde die Nachtarbeit in den Webereien, aufgehoben das System der Geldstrafen, diese zum Gefängnis erhöhte Auspflünderung der Arbeiterklasse; verkündet wurde schließlich das berühmte Dekret, nach dem alle Fabriken, Betriebe und Werkstätten, die von ihren Besitzern verlassen oder stillgelegt worden waren, an Arbeitergenossenschaften zur Wiederaufnahme der Produktion übergeben wurden. Gleichsam, um ihren Charakter einer wahrhaft demokratischen, proletarischen Regierung zu betonen, setzte die Kommune fest, daß die Gehälter aller Verwaltungs- und Regierungsbeamten den normalen Arbeitslohn nicht überschreiten und unter keinen Umständen höher als 6000 Franken im Jahr sein dürften.

Von der Kommune zur Sowjetmacht

Lenin: „Wir stehen auf den Schultern der Pariser Kommune“

Die folgenden Ausführungen sind dem Referat Lenins zur Frage der Veränderung des Parteiprogramms auf dem 7. Parteitag der Bolschewiki (März 1918) entnommen. Dieser Parteitag beschloß die Umbenennung der Partei in Kommunistische Partei.

... Mir scheint, daß die marxistische Auffassung vom Staat durch den herrschenden offiziellen Sozialismus Westeuropas in höchstem Grade verfälscht worden ist, was durch die Erfahrung der Sowjetrevolution und die Schaffung der Sowjets in Rußland sehr anschaulich bestätigt worden ist. In unseren Sowjets gibt es noch viel Hohes, Unvollendetes. Das unterliegt keinem Zweifel. Das ist jedem klar, der die Arbeit der Sowjets beobachtet hat. Aber wichtig, historisch wertvoll, ein Schritt vorwärts in der weltgeschichtlichen Entwicklung des Sozialismus ist es, daß hier ein neuer Typus des Staates geschaffen worden ist.

In der Pariser Kommune hatten wir diesen neuen Typus während einiger Wochen, in einer einzigen Stadt, ohne daß man sich dessen bewußt war, was man tat. Diejenigen, die die Kommune geschaffen, haben sie nicht verstanden, sie haben sie mit dem genialen Instinkt der erwachenden Massen geschaffen, und keine einzige Fraktion der französischen Sozialisten war sich dessen bewußt, was sie tat. Wir befinden uns in Verhältnissen, wo wir dank der Tatsache, daß wir auf den Schul-

Das Fanal der proletarischen Revolution

Alle diese Maßnahmen zeugten mit genügender Deutlichkeit davon, daß die Kommune eine Lebensgefahr für die alte, auf Knechtung und Ausbeutung beruhende Welt bedeutete. Die bürgerliche Gesellschaft konnte daher nicht ruhig schlafen, solange auf dem Pariser Rathaus die rote Fahne des Proletariats wehte. Und als es endlich der organisierten Regierungsmacht gelungen war, die schlecht organisierte Macht der Revolution zu überwältigen, veranstalteten die von den Deutschen geschlagenen und nur gegen ihre Landesleute tapferen bonapartistischen Generale ein Gemetzel, wie es Paris noch nie gesehen hatte.

Die Bourgeoisie war zufrieden. „Jetzt ist es mit dem Sozialismus für lange Zeit aus!“, erklärte ihr Führer, der blutige Jura Thiers, nach dem Blutbad, das er mit seinen Generalen dem Pariser Proletariat bereitet hatte. Doch vergebens hatten diese bürgerlichen Raben gekrächt... Eine neue sozialistische Generation, bereichert durch die Erfahrungen ihrer Vorgänger, doch keineswegs entmutigt durch ihre Niederlage, griff das Banner auf, das den Händen der Kommune kämpfer entfallen war, und trug es zuversichtlich und mutig voran unter den Rufen: „Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die Kommune!“

tern der Pariser Kommune und der langjährigen Entwidlung der deutschen Sozialdemokratie stehen, klar sehen können, was wir tun, wenn wir die Sowjetmacht schaffen.

Trotz der ganzen Rohheit, Unbildungslosigkeit, die wir in dem Sowjets haben und die den kleinstädtischen Charakter unseres Landes widerspiegelt – trotz alledem ist von den Volksmassen ein neuer Typus des Staates geschaffen worden. Er lebt nicht seit Wochen, sondern Monaten, nicht in einer einzigen Stadt, sondern in einem gewaltigen Lande, unter mehreren Nationen. Dieser Typus der Sowjetmacht hat sich bewährt.

Die Sowjetmacht ist ein Apparat, mit dessen Hilfe die Masse sofort anfangen kann, die Staatsverwaltung und die Organisation der Produktion des ganzen Landes zu erlernen. Das ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe. Aber vom geschichtlichen Standpunkt ist es wichtig, daß wir für die Lösung der Aufgabe nicht nur vom Standpunkt unseres Landes allein kämpfen, sondern daß wir zur Lösung dieser Aufgabe die europäischen Arbeiter auffordern, uns zu unterstützen. Wir müssen unser Parteiprogramm gerade von diesem allgemeinen Standpunkt konkret erläutern. Deshalb sind wir der Auffassung, daß das eine Fortsetzung des Weges der Pariser Kommune ist. Deshalb sind wir überzeugt, daß die europäischen Arbeiter, sobald sie diesen Weg beschreiten, uns helfen werden.

Der bewaffnete Aufstand vom 18. März 1871

Die Lehren der Kommune über die Voraussetzungen eines siegreichen Aufstandes

Der Aufstand vom 18. März war ein Ereignis von historischer Bedeutung. In ihm hat das heranwachsende Proletariat zum ersten Male in der Geschichte der Revolution den heroischen Versuch gemacht, die bürokratisch-militärische Staatsmaschine, die zu seiner Unterdrückung dient, zu zerbrechen. Marx hat sofort die Wichtigkeit dieses Ereignisses erkannt und in seinem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871 ausgeprochen.

Der Aufstand hat ferner nicht nur bewiesen, daß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine zerbrechen muß, er hat auch die Form gezeigt, in der dieses Zerbrechen vor sich geht. Diese Form war der bewaffnete Aufstand. Er hat darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, unter denen Marx, Engels und Lenin die politischen Bedingungen für einen siegreichen Aufstand und die Gesetze, denen er als besondere Form des politischen Kampfes unterworfen ist, herausarbeiten konnten.

Das ist die erste grundlegende Lehre des Aufstandes vom 18. März. In dieser Hinsicht tritt gerade der Unterschied zwischen den blanchettischen Beschlüssen vom 31. Oktober und vom 22. Januar auf der einen Seite und dem wirklichen Aufstand vom 18. März auf der anderen sehr hervor. Die Blanchettisten verurteilten die Regierung zu stürzen in einer Situation, in der die Voraussetzungen für den Erfolg nicht gegeben waren.

Wenige Monate später, und die Voraussetzungen für einen siegreichen Aufstand sind gegeben. Der Aufstand stützte sich weder auf eine Verschwörung, noch auf eine Partei, sondern auf die ganze fortgeschrittene Klasse. Er stützte sich zweitens auf den revolutionären Aufschwung des Volkes. Und er stützte sich drittens auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der anwachsenden Revolution, wo die Aktivität der vorberstehenden Reihen am größten, wo die Reihen der

Feinde nicht nur schwankend geworden, wo sie bereits in Panik geraten und dezimiert waren und wo die schwächlichen, unentschlossenen Freunde der Revolution nur eines Aufstoßes bedurften, um auf die Seite der Revolution überzugehen.

Auf die politischen Voraussetzungen für einen siegreichen Aufstand hat Lenin nicht nur einmal hingewiesen, er hat sie 1917 (siehe „Marxismus und Aufstand“ und „Kritik eines Fremden“) zur wichtigsten Richtschnur des Handelns der bolschewistischen Partei gemacht.

Die zweite große Lehre des März-Aufstandes 1871 ist die Erkenntnis, daß das ausländische Proletariat eine Forderung braucht, um zu liegen. Die großen Fehler, die die Pariser Arbeiter, beginnend mit dem 18. März, gemacht haben, sind darauf zurückzuführen, daß sie faktisch ohne eine einheitliche, zielbewusste politische Führung waren. Dies war damals objektiv bedingt. Die Internationale war noch schwach. Ihre Mitglieder waren zum größten Teil Journeristen, d. h. aus der kleinstädtischen Schule der Utopisten, Anhänger Proudhons, revolutionäre Demokraten, Jakobiner, die noch in den Traditionen der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich steckten. Die Arbeiter selbst waren noch wenig organisiert, sie steckten zum größten Teil nicht in Groß-, sondern in Kleinbetrieben und handelten mehr aus ihrem Klasseninstinkt, denn aus Klassenbewußtsein.

Daher die Fehler, die den endgültigen Sieg verhinderten. Das Proletariat hätte sofort Thiers und seine Truppen restlos entwaffnen und gefangennehmen müssen oder, wenn es Thiers schon gelang, aus Paris zu entkommen, ohne Zeitverlust mit großem Kräftebergewicht nach Versailles vorstoßen müssen. Das geschah nicht. Am 3. April, als der Versuch unternommen wurde, war es bereits zu spät.

Das Pariser Proletariat verstand es eben noch nicht, den Aufstand als eine Kunst zu behandeln und gab dadurch den Sieg aus der Hand. Die ganze Milere in der Militärorganisation der Pariser Kommune, die dauernden Niederlagen, denen die Kommune in ihrem zweimonatigen Kampfe ausgesetzt war, sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen. Marx und Engels haben im „Bürgerkrieg in Frankreich“ diese grundlegenden Fehler sofort analysiert. Lenin hat die Lehren der Pariser Kommune verwirklicht, indem er das russische Proletariat lehrte, den Aufstand vorzubereiten und zu organisieren, und indem er die Partei des Aufstandes schuf, die einzig und allein das ausländische Proletariat zum Siege führen konnte: die bolschewistische Partei.

So hat der Aufstand vom 18. März 1871 die Voraussetzungen geschaffen, unter denen das russische Proletariat im Oktober 1917 liegen konnte.

„Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“

(Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“)